



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

E-Avis ISDC 2017-12

UMSETZUNG DER RICHTLINIE 2014/95/EU (CSR-RICHTLINIE)

**Dänemark, Deutschland, Belgien, Finnland, Frankreich,
Niederlande, Österreich, Schweden,
Vereinigtes Königreich**

Stand: 30.04.2017

Vorgeschlagene Zitierweise: L. Heckendorn Urscheler / J. Bast / J. Curran / St. De Dycker / J. Fournier
L. Renaud-Solari / H. Westermark,
Umsetzung der Richtlinie 2014/95/EU, Stand 30.04.2017,
E-Avis ISDC 2017-12, verfügbar unter www.isdc.ch.

Dieses Dokument darf ausschliesslich zu privaten Recherchezwecken heruntergeladen werden. Jegliche Vervielfältigung zu anderen Zwecken, ob als Ausdruck oder elektronisch, bedarf der Zustimmung des Instituts. Das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung lehnt jede Haftung aus einer anderweitigen als der akademischen Verwendung des Textes ab.

E-Avis ISDC

Série de publications électroniques d'avis de droit de l'ISDC / Elektronische Publikationsreihe von Gutachten des SIR / Serie di pubblicazioni elettroniche di pareri dell'Istituto svizzero di diritto comparato / Series of Electronic Publications of Legal Opinions of the SICL

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	2
I. HINTERGRUND	4
1. Sachverhalt und Fragestellung.....	4
2. Methodologische Vorbemerkungen	4
II. ANALYSE	5
Vorbemerkungen.....	5
1. Übersicht über den Stand der Umsetzung der CSR Richtlinie in ausgewählten Mitgliedstaaten.....	7
2. Umsetzung in Deutschland	14
2.1. Anwendungsbereich	14
2.2. Art und Weise der Umsetzung	15
2.3. Sanktionen	17
2.4. Form der Veröffentlichung der Erklärung und Zugang	18
2.5. Ausgestaltung des <i>Comply or Explain</i> -Ansatzes.....	19
2.6. Allfällige weitere Regelungen	20
3. Transposition en France.....	22
3.1 Champ d'application	23
3.2 Mode de transposition.....	25
3.3 Sanctions	25
3.4 Mode d'accès et publications	25
3.5 Aménagement de la règle « comply-or-explain ».....	26
3.6 Mesures additionnelles.....	26
4. Transposition in the United Kingdom	26
4.1. Scope.....	27
4.2. Way of Transposing the Directive	27
4.3. Sanctions	28
4.4. Publication Modalities and Access.....	29
4.5. Modalities / Implementation of the “Comply or Explain” Mechanism	29
4.6. Other Measures	30
5. Transposition in Denmark.....	31
5.1. Scope.....	31
5.2. Way of Transposing the Directive	32
5.3. Sanctions	33
5.4. Publication Modalities and Access.....	33
5.5. Modalities / Implementation of the “Comply or Explain” Mechanism	34

5.6.	Other Measures	35
6.	Transposition in Sweden.....	35
6.1.	Scope.....	35
6.2.	Way of Transposing the Directive.....	37
6.3.	Sanctions	37
6.4.	Publication Modalities and Access.....	38
6.5.	Modalities / Implementation of the “Comply or Explain” Mechanism	38
6.6.	Other Measures	39
7.	Transposition aux Pays-Bas.....	39
7.1.	Champ d’application	40
7.2.	Mode de transposition.....	41
7.3.	Sanctions	42
7.4.	Mode d’accès et publication	43
7.5.	Aménagement de la règle « comply-or-explain ».....	44
7.6.	Mesures additionnelles.....	44
8.	Transposition in Finland.....	46
8.1.	Scope.....	46
8.2.	Way of Transposing the Directive.....	46
8.3.	Sanctions	47
8.4.	Publication Modalities and Access.....	47
8.5.	Modalities / Implementation of the “Comply or Explain” Mechanism	48
8.6.	Other Measures	48
9.	Umsetzung in Österreich	49
9.1.	Anwendungsbereich	49
9.2.	Art und Weise der Umsetzung	51
9.3.	Sanktionen	53
9.4.	Form der Veröffentlichung der Erklärung und Zugang	53
9.5.	Ausgestaltung des <i>Comply or Explain</i> -Ansatzes.....	55
9.6.	Allfällige weitere Regelungen	56
10.	Transposition en Belgique	57
III.	SCHLUSSFOLGERUNGEN	58

I. HINTERGRUND

1. Sachverhalt und Fragestellung

Am 10. Oktober 2016 wurde die Konzernverantwortungsinitiative eingereicht¹. Das Bundesamt für Justiz (BJ) hat den Auftrag, bis 10. Januar 2017 ein Aussprachepapier mit Varianten zuhanden des Bundesrates zu erstellen.

Die Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.10.2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen (CSR Richtlinie) muss bis zum 6. Dezember 2016 umgesetzt werden.

Nach Angaben des BJ könnte eine analoge Regelung zur EU als indirekter Gegenentwurf zur Konzernverantwortungsinitiative vorgeschlagen werden. Aus diesem Grund wurde das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung angefragt, ein Kurzgutachten zur Umsetzung der CSR-Richtlinie zu erstellen. Gemäss Angaben des BJ vom 8.12.2016 geht es dabei «um den Stand der Umsetzung (wurde die RL überhaupt rechtzeitig umgesetzt), sodann um die inhaltliche Umsetzung.»

Dabei sind nach Angaben des BJ folgende Themenbereiche zu untersuchen:

- « 1. Anwendungsbereich;
- 2. Art und Weise der Umsetzung (in welchem innerstaatlichen Gesetz erfolgte die Umsetzung; Systematische Einordnung);
- 3. Vorgesehene Sanktionen;
- 4. Form des Zugangs bzw. der Veröffentlichung (im Rahmen des Rechnungslegungsrechts); Sprache;
- 5. Ausgestaltung des Comply-or-explain-Ansatzes (Art. 19a Abs. 1 Unterabsatz 1 der RL);
- 6. evtl. Abweichungen vom Wortlaut der RL, insb. weitergehende Regulierungen wie z.B.:
 - ausdrückliche Sorgfaltsprüfungspflicht;
 - Haftungsregelung, ggf. auch für kontrollierte Unternehmen;
 - generelle Ausdehnung der Regelung auf die Lieferkette (s. Ziff. 6 der Erläuterungen der RL);
 - Verzicht auf comply-or-explain Ansatz;
 - etc.;»²

Das Gutachten sollte neben den grösseren Nachbarstaaten Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich die folgenden Rechtsordnungen behandeln: Belgien, Dänemark, Finnland, Niederlande, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich. Die vorliegende Version enthält noch keine Länderberichte für Italien und Spanien.

2. Methodologische Vorbemerkungen

Dieser Bericht enthält eine Übersicht über den Stand der Umsetzung in einer Vielzahl von Mitgliedstaaten (1.) sowie einige Ausführungen über den Inhalt der Regelung in den Mitgliedstaaten, in welchen die Richtlinie bereits umgesetzt wurde (2. bis 10.). Für Belgien wurde angesichts des Stands

¹ <http://konzern-initiative.ch/die-initiative/initiativtext/>.

² Angaben des BJ vom 8.12.2016, Nummerierung durch das Institut eingefügt.

der Umsetzungsarbeiten nur ein kurzer Bericht erstellt, für Spanien wurde angesichts der fehlenden Umsetzung vorerst ganz auf einen Länderbericht verzichtet.

II. ANALYSE

Vorbemerkungen

Die Richtlinie 2014/95/EU³ ändert die Rechnungslegungsrichtlinie 2013/34/EU in dem sie für grosse Unternehmen⁴ die Pflicht vorsieht, eine „**Nichtfinanzielle Erklärung**“ im Lagebericht aufzunehmen.⁵ Die Erklärung muss die Angaben enthalten, „die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses, der Lage des Unternehmens sowie der Auswirkungen seiner Tätigkeit erforderlich“ sind und sich mindestens auf „Umwelt-, Sozial-, und Arbeitnehmerbelange, auf die Achtung der Menschenrechte und auf die Bekämpfung von Korruption und Bestechung beziehen“.⁶ Dabei müssen die Konzepte und Due Diligence Prozesse zu den erwähnten Belangen, die Ergebnisse dieser Konzepte bzw. Prozesse sowie allfällige Risiken diesbezüglich aufgezeigt werden.⁷ Wird zu einem Aspekt kein Konzept verfolgt, muss die Erklärung „eine klare und begründete Erläuterung“ enthalten, weshalb dies nicht der Fall ist (*comply or explain*).⁸ Das Vorlegen der Nichtfinanziellen Erklärung muss dabei von der Prüfgesellschaft geprüft werden,⁹ und die Mitgliedstaaten können auch eine inhaltliche Prüfungspflicht vorsehen.¹⁰

Die Mitgliedstaaten können von dem Erfordernis einer Nichtfinanziellen Erklärung befreien, wenn ein Unternehmen für dasselbe Geschäftsjahr einen anderen **gesonderten Bericht** mit dem Lagebericht vorlegt oder auf der Website zugänglich macht und der Lagebericht darauf Bezug nimmt.¹¹ Die Richtlinie sieht dabei keine Mindeststandards für einen solchen gesonderten Bericht vor.

Die Transparenzrichtlinie führt damit also grundsätzlich eine relativ weitgehende Berichterstattungspflicht ein, welche in gewissem Rahmen auch zur Übernahme von Konzepten oder Sorgfaltsprüfungen und Risikoverminderung u.a. in Bezug auf Korruption und Menschenrechte anhalten soll. Die Mitgliedstaaten haben aber einen relativ **breiten Spielraum bei der Umsetzung** und können die Pflicht inhaltlich streng oder weniger streng ausgestalten.

Die Europäische Kommission hat von Januar bis April 2016 eine öffentliche Konsultation im Hinblick auf die auf Dezember 2016 geplanten nicht verpflichtenden Richtlinien zur Berichterstattung über nicht finanzielle Information durchgeführt.¹² Dabei sind über 350 verschiedene Stellungnahmen

³ **Richtlinie 2014/95/EU** des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte grosse Unternehmen und Gruppen.

⁴ Unternehmen von öffentlichem Interesse, welche im Jahresdurchschnitt mehr als 500 Personen beschäftigen.

⁵ Neue Artikel 19a und 29a der Richtlinie 2013/34/EU.

⁶ Neue Artikel 19a und 29a der Richtlinie 2013/34/EU, Abs. 1.

⁷ Neue Artikel 19a und 29a Abs. 1 lit. b, c, und d der Richtlinie 2013/34/EU.

⁸ Neue Artikel 19a und 29a Abs. 1 in fine.

⁹ Neuer Artikel 19a und 29a Abs. 5 Richtlinie 2013/34/EU.

¹⁰ Neuer Artikel 19a und 29a Abs. 6 Richtlinie 2013/34/EU.

¹¹ Neuer Artikel 19a und 29a Abs. 2 Richtlinie 2013/34/EU.

¹² S. http://ec.europa.eu/finance/consultations/2016/non-financial-reporting-guidelines/index_en.htm.

eingegangen.¹³ Interessant sind dabei die unterschiedlichen Meinungen über die Adressaten der Nichtfinanziellen Erklärung.

¹³ Für eine Zusammenfassung, s. Feedback Statement on the public consultation on the non-binding guidelines for reporting on non-financial information by companies haven taken place from 15 January to 15 April 2016, verfügbar unter http://ec.europa.eu/finance/consultations/2016/non-financial-reporting-guidelines/docs/summary-of-responses_en.pdf.

1. Übersicht über den Stand der Umsetzung der CSR Richtlinie in ausgewählten Mitgliedstaaten

Laut Angaben der Europäischen Kommission wurden aus allen Rechtsordnungen ausser Belgien, Irland, Portugal, Spanien, Slowenien und Zypern Massnahmen gemeldet, mit welchen die Richtlinie 2014/95/EU umgesetzt wurde.¹⁴ Allerdings sind die Umsetzungsarbeiten in Frankreich noch am Laufen.

Die folgende Tabelle gibt den Stand der Umsetzung sowie die Links auf die Massnahmen in den grösseren Nachbarstaaten der Schweiz (D, F, A, I), in einigen Rechtsordnungen mit bedeutendem Finanzsektor (Lux, B, UK) sowie in verschiedenen in diesem Bereich eher progressiven Rechtsordnungen (NL, S, DK) sowie in Spanien wieder. Auf eine detaillierte Auflistung insbesondere der zentral- und osteuropäischen Rechtsordnungen wurde verzichtet.

Staat	Stand Umsetzung RL	Vorgesehener Rechtsakt
A	Umgesetzt am 15.12.2016 Gesetz (Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz) wurde vom Nationalrat am 15.12.2016 beschlossen, nach parlamentarischer Beratung , der Bundesrat hat am 20.12.2016 beschlossen, keinen Einspruch zu erheben. Der Konsultationsprozess wurde 2015 durchgeführt	Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz – NaDiVeG: Änderungen des Unternehmens, Aktien- und GmbH Gesetzes
B	Vorentwurf am 23.12.2016 vom Conseil des Ministres verabschiedet, mit Änderungen am 24.02.2017, und an den Conseil d’Etat zur Stellungnahme überwiesen. ¹⁵	Änderung des Code des sociétés

¹⁴ So das Suchergebnis auf EUR-Lex vom 12.05.2017:
http://eur-lex.europa.eu/search.html?DB_NATURAL_DIRECTIVE=2014,95&qid=1486982617401&DTS_DOM=NATIONAL_LAW&type=advanced&lang=de&SUBDOM_INIT=MNE&DTS_SUBDOM=MNE.

¹⁵ Gemäss offiziellen Pressemitteilungen des *Conseil des Ministres*: <http://www.belga.be/fr/press-release/details-60099/?langpr=FR> sowie <http://www.presscenter.org/fr/pressrelease/20161223/publication-d-informations-non-financieres-par-certains-grandes-societes?setlang=1>; .

D	<p>Das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz¹⁶ wurde am 11. April 2017 vom Bundespräsidenten unterzeichnet und am 18. April 2017 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.¹⁷</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Änderungen des Handelsgesetzbuches (HGB), insbesondere sollen neu eingefügt werden: <ul style="list-style-type: none"> - neuer § 289a HGB: Ergänzende Vorgaben für bestimmte Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien - neuer § 289b HGB: Pflicht zur nichtfinanziellen Erklärung; Befreiungen - neuer § 289c HGB: Inhalt der nichtfinanziellen Erklärung - neuer § 289d HGB: Nutzung von Rahmenwerken - neuer § 289e HGB: Weglassen nachteiliger Angaben - neuer § 315a HGB: Ergänzende Vorschriften für bestimmte Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien - neuer § 315b HGB: Pflicht zur nichtfinanziellen Konzernklärung; Befreiungen - neuer § 315c HGB: Inhalt der nichtfinanziellen Konzernklärung - neuer § 315d HGB: Konzernklärung zur Unternehmensführung - neue § 320 Abs. 1 S. 4-6 HGB über die Prüfung von Konzernlageberichten - neue § 340a Abs. 1a, 1b HGB über Lageberichte von Kreditinstituten - neue § 340i Abs. 5, 6 HGB über Konzernlageberichte von Kreditinstituten - neue § 340n Abs. 3-3b HGB über Geldbussen für Kreditinstitute - neue § 341a Abs. 1a, 1b HGB über Lageberichte von Versicherungsunternehmen - neue § 341j Abs. 4, 5 HGB über Konzernlageberichte von Versicherungsunternehmen - neue § 341n Abs. 3-3b HGB über Geldbussen für Versicherungsunternehmen
---	--	---

¹⁶ Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten vom 11. April 2017.

¹⁷ Bundesgesetzblatt 2017 I Nr. 20, 18.04.2017, S. 802 ff.

		<ul style="list-style-type: none"> - Ergänzung, Änderung, Umstrukturierung der Vorschriften über Strafen, Bussgelder, Ordnungsgelder (§§ 331-339 HGB) - weitere kleinere Änderungen • Änderungen des Einführungsgesetzes zum HGB (EGHGB), insbesondere neuer Artikel über Anwendungszeitraum der neuen HGB-Vorschriften • Änderung der Unternehmensregisterverordnung (URV) • Änderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WPG), insbesondere neuer § 50 über den Anwendungszeitraum der neuen HGB-Vorschriften • Änderungen des Publizitätsgesetzes (PublG), insbesondere neuer § 22 Abs. 7 über den Anwendungszeitraum der neuen HGB-Vorschriften • Änderungen des Aktiengesetzes (AktG), insbesondere §§ 170 Abs. 1, 171 Abs. 1, 283 Nr. 10 über die Vorlage von nichtfinanziellen Berichten • Änderung des Einführungsgesetzes zum AktG (EGAktG), insbesondere neuer § über Anwendungszeitraum der neuen HGB-Vorschriften • Änderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG), insbesondere neuer § 38 Abs. 1b über die Prüfung des nichtfinanziellen Berichts <p>Änderungen weiterer Gesetze</p>
DK	Umgesetzt am 01.06.2015	The transposition of the Directive is made primarily by amendments to the Financial Statements Act (<i>årsregnskabsloven</i>) through the Lov nr. 738 af 1. juni 2015 : Lov om ændring af årsregnskabsloven og forskellige andre love (Law amending the Financial Statements Act and various other Acts).
E	Soweit ersichtlich noch keine Umsetzung	

F	<p>Art. 216 des LOI n° 2017-86 du 27 janvier 2017 relative à l'égalité et à la citoyenneté ermächtigt die Regierung zum Treffen der Umsetzungsmassnahmen auf dem Verordnungsweg. Die Verordnung muss innerhalb von drei Monaten dem Parlament vorgelegt werden.</p> <p>Seit dem 7. Februar 2017 läuft eine Konsultation zum Vorschlag einer entsprechenden Verordnung sowie eines Dekrets.</p>	<p>Per Regierungsverordnung und Dekret ist vorgesehen, verschiedene Bestimmungen des Code de Commerce zu ändern.</p>
I	<p>Umgesetzt per Decreto Legislativo 254 vom 30.12.2016</p>	<p>Attuazione della direttiva 2014/95/UE del Parlamento Europeo e del Consiglio del 22.10.2014, recante modifiche alla direttiva 2013/34/UE per quanto riguarda la comunicazione di informazioni di carattere non finanziario e di informazioni sulla diversità da parte di talune imprese e di taluni gruppi di grandi dimensioni.</p> <p>Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana, 2017/7, veröffentlicht am 10. Januar 2017, S. 27 ff.</p>
LUX	<p>Umgesetzt am 23.07.2016</p>	<p>Loi du 23 juillet 2016 concernant la publication d'informations non financières et d'informations relatives à la diversité par certaines grandes entreprises et certains groupes et portant modification de diverses dispositions relatives à la comptabilité et aux comptes annuels des entreprises ainsi qu'aux comptes consolidés de certaines formes de sociétés et</p> <ul style="list-style-type: none"> – portant transposition de la directive 2014/95/UE du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2014 modifiant la directive 2013/34/UE en ce qui concerne la publication d'informations non financières et d'informations relatives à la diversité par certaines grandes entreprises et certains groupes; – portant modification: – du titre II de la loi modifiée du 19 décembre 2002 concernant le registre de commerce et des sociétés ainsi que la comptabilité et les comptes annuels des entreprises;

		<ul style="list-style-type: none"> – de la section XVI de la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales; – de la loi modifiée du 8 décembre 1994 relative: <ul style="list-style-type: none"> * aux comptes annuels et comptes consolidés des entreprises d'assurances et de réassurances de droit luxembourgeois * aux obligations en matière d'établissement et de publicité des documents comptables des succursales d'entreprises d'assurances de droit étrange
NL	<p>Soweit ersichtlich teilweise umgesetzt :</p> <p>Gesetz vom 28.09.2016 (Wet van 28 september 2016, houdende wijziging van Boek 2 van het Burgerlijk Wetboek ter uitvoering van Richtlijn 2014/95/EU van het Europees Parlement en de Raad van 22 oktober 2014 tot wijziging van richtlijn 2013/34/EU met betrekking tot de bekendmaking van niet-financiële informatie en informatie inzake diversiteit door bepaalde grote ondernemingen en groepen (PbEU 2014, L 330)), in Kraft per 06.12.2016.</p> <p>Königliche Verordnung (« <i>Besluit bekendmaking niet-financiële informatie</i> »), am 14.03.2017 verabschiedet, in Kraft ab 23.03.2017; sowie Verordnung zu Diversitätsbericht (« <i>Besluit bekendmaking diversiteitsbeleid</i> », ci-après « <i>Arrêté diversité</i> ») in Kraft nach der Publikation im Amtsblatt am 30.12.2016</p>	<p>Änderung von Art. 391 des 2. Buches des Burgerlijk Wetboek (2. Buch), wodurch allgemeine Verwaltungsvorschriften nicht nur zu einer «Erklärung zur corporate governance» sondern auch zu einer «Erklärung über nicht finanzielle Informationen» gemäss europäischem Recht regeln.</p> <p>Ergänzende Vorschriften zum Jahresbericht in spezifischen Verordnungen.</p>
S	<p>Umgesetzt am 01.12.2016</p> <p>(Regierungsentwurf: Prop 2015/16:193: <i>Företagens rapportering om hållbarhet och mångfaldspolicy</i>, s. auch die positive Stellungnahme des Ausschusses am 26.10.2016)</p>	<p>The transposition of the Directive is made primarily by amendments to the Annual Accounts Act (<i>årsredovisningslagen (1995:1554)</i>) through the Lag (2016:947) om ändring i årsredovisningslagen (1995:1554) (Act amending the Annual Accounts Act), available at https://www.notisum.se/rnp/sls/sfs/20160947.pdf (15.12.2016).</p> <p>Several other laws have been subject to minor amendments:</p>

		<ul style="list-style-type: none"> - Lag (2016:948) om ändring i lagen (1995:1559) om årsredovisning i kreditinstitut och värdepappersbolag - Lag (2016:949) om ändring om lagen om årsredovisning i försäkringsföretag (Act amending the Act on Annual Reports for Insurance Enterprises), available at http://rkrattsdب.gov.se/SFSdoc/16/160949.PDF (21.12.2016). - Lag (2016:950) om ändring i sparbankslagen (1987:619) - Lag (2016:951) om ändring i lagen (1987:667) om ekonomiska föreningar - Lag (2016:952) om ändring i stiftelselagen (1994:1220) - Lag (2016:953) om ändring i lagen (1995:1570) om medlemsbanker - Lag (2016:954) om ändring i revisionslagen (1999:1079) - Lag (2016:955) om ändring i aktiebolagslagen (Act amending the Companies Act), available at http://rkrattsdب.gov.se/SFSdoc/16/160955.PDF (21.12.2016).
SF	Umgesetzt am 06.12.2016	<p>Finland has transposed the Directive through the adoption of the following legal texts:</p> <p>law 2016/1376 amending the Finnish Accounting Act (Sw: <i>Bokföringslag 1997/1336</i>) through the introduction of a new chapter (chapter 3 a);</p> <p>the law 2016/1377 amending the Securities Markets Act (Sw: <i>Värdepappersmarknadslag 2012/746</i>);</p> <p>Decree 20.12.2012/1020 from the Ministry of Finance concerning information obligations of security issuers (Sw: <i>Finansministeriets förordning om regelbunden informationskyldighet för värdepappersemitterer</i>).</p>
UK	Umgesetzt auf 27. Dezember 2016	The 2016 Regulations amend the Companies Act 2006 by inserting two new sections: section 414CA sets out the requirement for large public interest entities with over 500 employees to prepare a non-financial

On 19th December 2016, secondary legislation known as [The Companies, Partnerships and Groups \(Accounts and Non-Financial Reporting\) Regulations 2016](#) (“2016 Regulations”) was published. This transposes the relevant parts of EU Directive 2014/95/EU. The Regulations come into force on 27th December 2016, and they will apply in relation to financial years of relevant companies beginning on or after 1st January 2017.

The requirement of the EU Directive that issuers (i.e., those public interest entities whose transferable securities are admitted to trading on a regulated market) disclose their diversity policy is transposed by the [Disclosure Guidance and Transparency Rules Sourcebook \(Miscellaneous Amendments\) Instrument 2016](#). This change to the existing rules already came into force on 4th November 2016.

[Ergebnisse](#) der Konsultationen von der Regierung im November 2016 vorgelegt.

information statement as part of the existing requirement to prepare a “strategic report”; section 414CB sets out the content of the non-financial information statement.

The requirement for issuers to disclose information about their diversity policy is being implemented by way of an amendment to the [Disclosure Guidance and Transparency Rules](#) (“DTR”) which form part of the Handbook operated by the regulator, the *Financial Conduct Authority*. A new rule *DTR 7.2.8A* transposes the requirement of the Directive on certain issuers to disclose their diversity policy in the corporate governance statement of their Annual Report where such a policy is in place, and, where there is no such policy, to contain an explanation of why this is the case.

2. Umsetzung in Deutschland

In Deutschland wurde der Regierungsentwurf zur Umsetzung der Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 (CSR-Richtlinie)¹⁸ vom 21. September 2016 am 9. März 2017 vom Bundesrat angenommen¹⁹ und passierte am 31. März 2017 den Bundesrat.²⁰ Das **CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz**²¹ wurde am 11. April 2017 vom Bundespräsidenten unterzeichnet und am 18. April 2017 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.²² Es ist am 19. April 2017 in Kraft getreten, mit Ausnahme der Vorschriften zur Veröffentlichung des Prüfberichts, die am 1. Januar 2019 in Kraft treten. Das Gesetz hält sich eng an die Vorgaben der Richtlinie, wobei es von allen Wahloptionen für die Mitgliedstaaten zugunsten der Unternehmen Gebrauch macht, um die Wirtschaft zu entlasten. Es sind keine Regelungen ersichtlich, die über die Vorgaben der Richtlinie hinausgehen.

2.1. Anwendungsbereich

Wie von der CSR-Richtlinie vorgegeben,²³ richten sich die neuen nichtfinanziellen Berichtspflichten an grosse kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaften und ihnen gleichgestellte haftungsbeschränkte Personengesellschaften²⁴, sowie an Genossenschaften, grosse Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitenden.

Bereits seit 2004 sind grosse deutsche Unternehmen verpflichtet, in die Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage des Unternehmens im Lagebericht nichtfinanzielle Leistungsindikatoren einzubeziehen.²⁵ Durch das neue Gesetz werden diese **Pflichten richtliniengemäss erweitert**, jedoch nicht für alle grossen Unternehmen, sondern nur für **kapitalmarktorientierte²⁶ grosse²⁷ Unternehmen mit mehr als**

¹⁸ Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.10.2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen.

¹⁹ Bundestags-Drucksache 18/9982 vom 17.10.2016, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz), verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/099/1809982.pdf> (16.12.2016), S. 30.

²⁰ Beschluss des Bundesrats vom 31.03.2017, Drucksache 201/17, verfügbar unter [http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2017/0201-0300/201-17\(B\).pdf?__blob=publicationFile&v=1](http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2017/0201-0300/201-17(B).pdf?__blob=publicationFile&v=1) (01.05.2017).

²¹ Gesetz zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten vom 11.04.2017.

²² Bundesgesetzblatt 2017 I Nr. 20, 18.04.2017, S. 802 ff., verfügbar unter [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&start=//*\[@attr_id='bgbl117s0802.pdf'\]#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl117s0802.pdf%27%5D_1493625429996](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&start=//*[@attr_id='bgbl117s0802.pdf']#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl117s0802.pdf%27%5D_1493625429996) (01.05.2017).

²³ Dort „grosse Unternehmen, die Unternehmen von öffentlichem Interesse sind“, neuer Artikel 19a der Richtlinie 2013/34/EU, Abs. 1.

²⁴ Vgl. § 264a HGB.

²⁵ § 289 Abs. 3 HGB, eingeführt durch das Bilanzrechtsreformgesetz (BilReG) in Kraft seit 10.12.2004, Bundesgesetzblatt (BGBl.) I S. 3166.

²⁶ Vgl. § 264d HGB.

²⁷ Vgl. § 267 Abs. 3 HGB.

500 Mitarbeitenden im Jahresdurchschnitt. Diese werden durch den neuen **§ 289b Handelsgesetzbuch (HGB)**²⁸ nun verpflichtet, ihrem Lagebericht eine nichtfinanzielle Erklärung beizufügen.²⁹ Für Konzerne ergibt sich diese Pflicht aus dem neuen **§ 315b HGB.**³⁰ Danach müssen kapitalmarkt-orientierte **Mutterunternehmen** eine nichtfinanzielle Konzernklärung erstellen.

Tochterunternehmen sind von der Pflicht zur Erstellung einer nichtfinanziellen Erklärung befreit, wenn sie in den Konzernabschluss eines Mutterunternehmens mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes einbezogen sind und dieser Konzernlagebericht eine nichtfinanzielle Konzernklärung enthält.³¹ Dies gilt ebenso für Mutterunternehmen, die zugleich Tochterunternehmen sind.³²

Die Pflicht, in der Erklärung zur Unternehmensführung **Angaben zum Diversitätskonzept** zu machen, trifft richtliniengemäss nur **börsennotierte grosse Aktiengesellschaften.**³³

Nach Schätzungen betreffen die neuen Regelungen **voraussichtlich 548 Unternehmen.**³⁴

2.2. Art und Weise der Umsetzung

Die Umsetzung der Richtlinie bringt vor allem Änderungen des **Handelsgesetzbuches** (HGB) und kleinere Änderungen des **Aktiengesetzes** (AktG) und des **Genossenschaftsgesetzes** (GenG) mit sich.

Zusätzlich zu den bereits bestehenden Berichtspflichten im finanziellen Bereich sind die betroffenen Unternehmen künftig verpflichtet, auch über nichtfinanzielle Aspekte ihrer Unternehmensführung Bericht zu erstatten. Hierfür müssen sie mindestens über Umwelt-, Arbeitnehmer- und Sozialbelange informieren sowie über die Achtung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Korruption und Bestechung.³⁵ Dabei sieht die neue Regelung teilweise zwingende, teilweise freiwillige Angaben vor. Diese entsprechen weitgehend den Vorschlägen in der Präambel der Richtlinie. Lediglich bei den Umweltbelangen hat der deutsche Gesetzgeber den Schutz der biologischen Vielfalt hinzugefügt, auf den sich die Angaben diesbezüglich beziehen können (§ 289c Abs. 2 Nr. 1 HGB). Dies deutet darauf hin, dass diesem Punkt in Deutschland ein hoher Stellenwert in der Diskussion zukam.

Die Berichtspflicht besteht jedoch nicht absolut. Das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz nutzt die in der Richtlinie enthaltene³⁶ Option, es Unternehmen in eng begrenzten **Ausnahmefällen** zu erlauben, **Informationen unerwähnt zu lassen, die dem Unternehmen einen erheblichen Nachteil zufügen**

²⁸ § 289b Abs. 1 HGB.

²⁹ Bzgl. Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen gesondert geregelt in §§ 340a Abs. 1a, 341a Abs. 1a HGB; bzgl. Genossenschaften gesondert geregelt in § 336 HGB.

³⁰ § 315b Abs. 1 HGB, bzgl. konzernbildender Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen gesondert geregelt in §§ 340i Abs. 5, 341j Abs. 4 HGB.

³¹ § 289b Abs. 2 HGB.

³² § 315b Abs. 2 HGB.

³³ § 289f Abs. 2 Nr. 6 HGB.

³⁴ Bundestags-Drucksache 18/9982 vom 17.10.2016, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nicht-finanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz), verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/099/1809982.pdf> (09.01.2017), S. 34; P. Kajüter, Die nichtfinanzielle Erklärung nach dem Regierungsentwurf zum CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz, Zeitschrift für Internationale Rechnungslegung (IRZ) 2016, S. 507 ff., S. 508.

³⁵ § 289c HGB.

³⁶ Neuer Artikel 19a der Richtlinie 2013/34/EU, Abs. 1, Unterabs. 4.

könnten.³⁷ Mit dieser Regelung sollen die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen ausnahmsweise und nach Abwägung der betroffenen Interessen geschützt werden. Diese Ausnahme-regelung setzt jedoch voraus, dass trotz der fehlenden Informationen ein ausgewogenes Verständnis der Angaben möglich ist. Da die Berichtspflicht sich jedoch von vornherein nur auf **wesentliche Informationen im Sinne von § 289c HGB**³⁸ bezieht, ist der Anwendungsbereich begrenzt auf den Fall, dass die betroffene Information zwar wesentlich ist, jedoch nicht so bedeutsam, dass sie ein Gesamtverständnis der Angaben ausschliesst.³⁹

2.2.1. Änderungen im Handelsgesetzbuch

Im Handelsgesetzbuch wurden durch den Regierungsentwurf insbesondere die Vorschriften zur Erstellung des Lageberichts⁴⁰ und des Konzernlageberichts⁴¹ erweitert, wobei sich diese inhaltlich entsprechen.

Zusätzlich zum Jahresabschluss⁴² sind Kapitalgesellschaften verpflichtet, einen **Lagebericht** aufzustellen.⁴³ Dieser enthält zusätzliche Informationen zum Geschäftsverlauf und zur Lage der Kapitalgesellschaft und steht selbständig neben dem Jahresabschluss.⁴⁴ Konzerne müssen einen **gesonderten Konzernlagebericht** erstellen.⁴⁵ In diese Regelungen würden die neuen nichtfinanziellen Berichtspflichten systematisch eingebettet.

Börsennotierte Aktiengesellschaften trifft darüber hinaus die Pflicht, in ihren Lagebericht eine **Erklärung zur Unternehmensführung** als gesonderten Abschnitt aufzunehmen, der Informationen über die im Unternehmen vorherrschende Struktur und Arbeitsweise der Leitungsorgane enthält.⁴⁶ In diese Erklärung sind gemäss dem CSR-Umsetzungsgesetz die von Artikel 20 der CSR-Richtlinie⁴⁷ geforderten **Angaben zum Diversitätskonzept** einzubetten.⁴⁸

2.2.2. Änderungen im Aktiengesetz und im Genossenschaftsgesetz

Hinsichtlich der **Prüfung der nichtfinanziellen Berichterstattung durch den Aufsichtsrat** des Unternehmens ergeben sich ausserdem kleinere Änderungen im Aktiengesetz und im Genossenschaftsgesetz.

³⁷ § 289e HGB.

³⁸ § 289c Abs. 3 HGB.

³⁹ Bundestags-Drucksache 18/9982 vom 17.10.2016, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nicht-finanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz), verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/099/1809982.pdf> (09.01.2017), S. 53 (Zu § 289e HGB-E).

⁴⁰ Ursprünglich §§ 289, 289a HGB, durch die Gesetzesänderung erweitert um §§ 289a-289e.

⁴¹ Ursprünglich § 315 HGB, durch die Gesetzesänderung erweitert um §§ 315b-315d.

⁴² §§ 242 ff. HGB.

⁴³ §§ 264 Abs. 1, 289, 289a HGB.

⁴⁴ G. Reiner, in K. Schmidt (Hrsg), Münchener Kommentar zum HGB, 3. Aufl., München 2013, § 264, Rn. 7.

⁴⁵ §§ 290 ff. HGB.

⁴⁶ Ursprünglich § 289a HGB, durch die Gesetzesänderung § 289f RegE-HGB; K. W. Lange, in K. Schmidt (Hrsg), Münchener Kommentar zum HGB, 3. Aufl., München 2013, § 289a, Rn. 1.

⁴⁷ Neuer Art. 20 der Richtlinie 2013/34/EU, Abs. 1 *lit. g*.

⁴⁸ § 289f Abs. 2 Nr. 6 HGB; Die entsprechende Regelung für Konzerne fand sich ursprünglich in § 315 Abs. 5 HGB, wurde jedoch durch die Gesetzesänderung in einen gesonderten § 315d HGB überführt, der wiederum auf § 289f HGB verweist. Bezüglich Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen gesondert geregelt in §§ 340a Abs. 1b, 341a Abs. 1b HGB; bezüglich konzernbildender Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen gesondert geregelt in §§ 340i Abs. 6, 341j Abs. 5 HGB.

Der Aufsichtsrat hat den vorgelegten Lagebericht zu prüfen, bei Mutterunternehmen auch den Konzernlagebericht.⁴⁹ Diese Prüfungspflicht müsste insofern auf die nichtfinanziellen Angaben erweitert werden, als es möglich ist, diese auch **gesondert vom Lagebericht einzureichen**.⁵⁰ Ansonsten sind die nichtfinanziellen Angaben **als Teil des Lageberichts** von der bereits bestehenden Prüfungspflicht erfasst.

Gleiches gilt für den **Aufsichtsrat der Genossenschaft**, der durch die neuen Regelungen verpflichtet wird, den gegebenenfalls neben dem Lagebericht eingereichten nichtfinanziellen Bericht zu prüfen.⁵¹

2.3. Sanktionen

Hinsichtlich der Sanktionen für Verstöße werden durch das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz die nichtfinanziellen Berichtspflichten **den finanziellen Berichtspflichten komplett gleichgestellt**.

Für die nichtfinanzielle Erklärung als **Teil des Lageberichts** gelten die für diesen **bereits bestehenden Straf- und Bussgeldvorschriften**. Um Gleichheit zu erreichen, wurden die Sanktionen auch **auf den gesonderten nichtfinanziellen Bericht ausgeweitet**.⁵²

2.3.1. Strafvorschriften

Das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz sieht vor, dass bei **vorsätzlicher unrichtiger Darstellung oder Verschleierung** der Verhältnisse des Unternehmens im Lagebericht oder im nichtfinanziellen Bericht eine **Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren** oder eine **Geldstrafe** verhängt werden kann.⁵³ Die Strafbarkeit soll eine wirksame, verhältnismässige und abschreckende Sanktionierung sicherstellen.⁵⁴

2.3.2. Ordnungswidrigkeiten

Auch die **Bussgeldtatbestände des § 334 HGB** werden im CSR-Umsetzungsgesetz auf die nichtfinanzielle Erklärung und den gesonderten nichtfinanziellen Bericht erstreckt.

Künftig wird es insbesondere als Ordnungswidrigkeit gelten,⁵⁵ keine oder unzureichende Angaben zu nichtfinanziellen Aspekten zu machen, wie insbesondere zu Umwelt-, Arbeitnehmer- und Sozialbelangen, zur Achtung der Menschenrechte sowie zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung.⁵⁶ Ebenfalls als Ordnungswidrigkeit gilt es, das Rahmenwerk für das Erstellen der nichtfinanziellen Erklärung nicht anzugeben, sofern ein solches genutzt wurde,⁵⁷ sowie die fehlende Aufnahme der Angaben in den folgenden Bericht bei Entfallen der Voraussetzungen für eine Nichtaufnahme.⁵⁸

⁴⁹ §§ 170 Abs. 1, 171 Abs. 1 AktG, siehe unten Punkt 2.6.1.2.

⁵⁰ §§ 170 Abs. 1 S. 3, 171 Abs. 1 S. 4 AktG, siehe hierzu unten Punkt 2.4.

⁵¹ § 38 Abs. 1b GenG.

⁵² Siehe unten Punkt 2.4. in diesem Gutachten zum deutschen Recht.

⁵³ § 331 Nr. 1 und 2 HGB.

⁵⁴ Bundestags-Drucksache 18/9982 vom 17.10.2016, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz), verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/099/1809982.pdf> (09.01.2017), S. 59 (Zu Nummer 16).

⁵⁵ § 334 Abs. 1 Nr. 3 und 4 HGB.

⁵⁶ Vergleiche § 289c Abs. 2 HGB.

⁵⁷ Vergleiche § 289d HGB.

⁵⁸ § 289e Abs. 2 HGB.

Dabei gilt es auch als Verstoss gegen die grundsätzliche Berichtspflicht des neuen § 289b HGB⁵⁹, wenn der gesonderte nichtfinanzielle Bericht **nicht rechtzeitig sechs Monate nach dem Abschlussstichtag** veröffentlicht wird.⁶⁰

Für **Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen** werden im Regierungsentwurf gesonderte, jedoch inhaltlich entsprechende Bussgeldvorschriften eingeführt,⁶¹ da die Bussgeldtatbestände des § 334 HGB auf diese Unternehmen keine Anwendung finden.⁶²

Es können Bussgelder bis zu einer Höhe von **zehn Millionen Euro**, dem **Zweifachen des aus der Ordnungswidrigkeit gezogenen Vorteils** oder **5% des Jahresumsatzes** verhängt werden.⁶³ Diese **deutliche Erhöhung des Bussgeldrahmens** durch das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz dient der Anpassung der Sanktionen für inhaltliche Verstösse an solche gegen Vorschriften der Bekanntmachung. Für die Bestimmung der Bussgeldhöhe hätte das Bundesamt für Justiz alle massgeblichen Umstände zu berücksichtigen, einschliesslich der Schwere des Verstosses.⁶⁴

2.4. Form der Veröffentlichung der Erklärung und Zugang

Hinsichtlich der Form der nichtfinanziellen Berichterstattung wird den Unternehmen im CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz grösstmögliche Flexibilität eingeräumt. Regelungsbedarf bestehe laut der Gesetzesbegründung nicht bei den Formalien der nichtfinanziellen Angaben, sondern bei deren grundsätzlicher Einführung.⁶⁵

So steht es den Unternehmen frei, den nichtfinanziellen Bericht **im finanziellen Lagebericht zu integrieren** oder einen **gesonderten nichtfinanziellen Lagebericht** zu erstellen.⁶⁶ Hier macht das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz von der Mitgliedstaatenoption aus Artikel 19a der CSR-Richtlinie⁶⁷ Gebrauch.

Sofern die nichtfinanziellen Angaben im Lagebericht enthalten sind, können sie dort als „nichtfinanzielle Erklärung“ einen **separaten Abschnitt** einnehmen oder aber **in den übrigen Lagebericht integriert** werden.⁶⁸

⁵⁹ § 289b Abs. 1 HGB.

⁶⁰ Bundestags-Drucksache 18/9982 vom 17.10.2016, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz), verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/099/1809982.pdf> (09.01.2017), S. 59 (Zu Nummer 17, zu Buchstabe a). Die in § 289b Abs. 3 RegE-HGB geregelten Voraussetzungen für eine Befreiung von der Pflicht zur nichtfinanziellen Erklärung liegen in diesem Fall nicht vor.

⁶¹ §§ 340n Abs. 1 Nr. 3 und 4, 341n Abs. 1 Nr. 3 und 4 HGB.

⁶² Vergleiche § 334 Abs. 5 HGB.

⁶³ § 334 Abs. 3 und 3a HGB.

⁶⁴ Bundestags-Drucksache 18/9982 vom 17.10.2016, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz), verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/099/1809982.pdf> (09.01.2017), S. 60 (Zu Nummer 17, zu Buchstabe b).

⁶⁵ Bundestags-Drucksache 18/9982 vom 17.10.2016, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz), verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/099/1809982.pdf> (09.01.2017), S. 30.

⁶⁶ §§ 289b Abs. 3, 315b Abs. 3 HGB.

⁶⁷ Neuer Art. 19a der Richtlinie 2013/34/EU, Abs. 4.

⁶⁸ § 289b Abs. 1 S. 2 HGB.

Zusammenfassend können die Unternehmen also künftig zwischen drei verschiedenen Berichtsformen wählen:

1. Option 1: Die nichtfinanzielle Erklärung als separater Abschnitt im Lagebericht;
2. Option 2: Die Integration der Angaben zur nichtfinanziellen Erklärung im übrigen Lagebericht;
3. Option 3: Gesonderter nichtfinanzieller Bericht.

Bei Integration im Lagebericht (Optionen 1. und 2.) richtet sich die Offenlegung der nichtfinanziellen Erklärung nach den bestehenden **Vorschriften zur Offenlegung des Lageberichts**.⁶⁹

Das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz sieht ausserdem vor, dass, sofern ein eigenständiger nichtfinanzieller Bericht erstellt wird (Option 3), die Unternehmen **wählen** können, ob sie den gesonderten nichtfinanziellen Bericht **zeitgleich und zusammen mit dem Lagebericht offenlegen** möchten oder ob sie ihn **spätestens sechs Monate nach dem Bilanzstichtag auf ihrer Internetseite veröffentlichen**.⁷⁰ Voraussetzung ist die Bezugnahme auf die Veröffentlichung im Lagebericht unter Angabe der Internetseite.⁷¹ Damit steht kapitalmarktorientierten Unternehmen etwas mehr, nicht kapitalmarktorientierten Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen jedoch weniger Zeit zur Verfügung als dies bis anhin für die Offenlegung des Lageberichts gemäss § 325 HGB der Fall ist.⁷² Der Bericht muss sodann für mindestens zehn Jahre auf der Internetseite verfügbar bleiben.

2.5. Ausgestaltung des *Comply or Explain*-Ansatzes

Der sogenannte *Comply or Explain*-Ansatz wird im neuen **§ 289 HGB**⁷³ umgesetzt und entspricht der Regelung in der CSR-Richtlinie.⁷⁴ Verfolgt ein Unternehmen zu einem oder zu mehreren der wesentlichen nichtfinanziellen Aspekte (Umweltbelange, Arbeitnehmerbelange, Sozialbelange, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung)⁷⁵ kein Konzept, so muss das Unternehmen **unter Angabe von Gründen erläutern, warum dies nicht der Fall sei**. Dadurch entsteht kein Zwang zur Entwicklung von Konzepten, vielmehr bleibt die Entscheidung beim Unternehmen, ob ein Konzept zum Umgang mit einem nichtfinanziellen Aspekt entwickelt wird. Jedoch muss das Unternehmen seine Entscheidung gegen ein solches Konzept begründen. Ein solcher *Comply or Explain*-Ansatz habe sich in anderen Bereichen bereits bewährt.⁷⁶ Die Gesetzesbegründung nennt hier die *Corporate-Governance*-Erklärung,⁷⁷ in der ebenfalls berichtet werden muss, welche der empfohlenen Massnahmen nicht angewendet wurden und warum nicht. Der Erfolg des Ansatzes gründe sich auf den faktischen Zwang der durch den Legitimationsdruck hervorgerufen werde.⁷⁸

⁶⁹ §§ 325 ff. HGB; Offenlegung gemäss § 325 Abs. 1 HGB: Die Unterlagen sind elektronisch beim Betreiber des Bundesanzeigers in einer Form einzureichen, die ihre Bekanntmachung ermöglicht.

⁷⁰ §§ 289b Abs. 3, 315b Abs. 3 HGB.

⁷¹ § 289 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 lit. b) HGB.

⁷² Für kapitalmarktorientierte Unternehmen vier Monate, § 325 Abs. 4 HGB; für Kreditinstitute zwölf Monate, § 340I Abs. 1 HGB i.V.m. § 325 Abs. 1a HGB; für Versicherungsunternehmen sogar 15 Monate, § 341I Abs. 1 S. 2 HGB.

⁷³ § 289 Abs. 4 HGB.

⁷⁴ Neuer Artikel 19 der Richtlinie 2013/34/EU, Abs. 1 Unterabs. 2.

⁷⁵ § 289c Abs. 2 HGB

⁷⁶ Bundestags-Drucksache 18/9982 vom 17.10.2016, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz), verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/099/1809982.pdf> (09.01.2017), S. 52 (Zu § 289c Absatz 4 HGB-E).

⁷⁷ Vergleiche § 161 Abs. 1 S. 1 Aktiengesetz (AktG).

⁷⁸ W. Goette, in: W. Goette, M. Habersack & S. Kalss (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Aktiengesetz, 3. Aufl., München 2013, § 161, Rn. 19.

Als Konsequenz ergibt sich als **Mindestinhalt der nichtfinanziellen Erklärung** zu jedem der wesentlichen nichtfinanziellen Aspekte eine Erläuterung im Hinblick auf das vorhandene oder das gegebenenfalls nicht vorhandene Konzept.

Zu beachten ist dabei, dass das **Fehlen von Prozessen zur Wahrung von Sorgfaltspflichten (Due-Diligence-Prozesse) nicht erläuterungspflichtig** ist. Die Beschreibung von Sorgfaltspflichten ist nur im Zusammenhang mit dem zu einem nichtfinanziellen Aspekt verfolgten Konzept notwendig, sodass bei Erläuterung des Fehlens des Konzeptes auch die Pflicht zur Beschreibung der diesbezüglichen Sorgfaltspflicht entfällt.⁷⁹ Das Erläuterungsbedürfnis könne sich laut der Gesetzesbegründung nur auf das vollständige Fehlen eines Konzeptes beziehen, und nicht auch auf das Fehlen von Teilen eines Konzeptes.⁸⁰

Neben den Angaben zum verfolgten Konzept ist das Unternehmen auch verpflichtet, zu jedem einzelnen der nichtfinanziellen Aspekte als Unterpunkt Angaben zu den Ergebnissen dieses Konzeptes, der wesentlichen mit der Geschäftstätigkeit und den Geschäftsbeziehungen verbundenen Risiken und den bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren zu machen.⁸¹ Auf **diese Unterpunkte ist der *Comply or Explain-Ansatz* nicht anwendbar**. Bestünden beispielsweise **wesentliche Risiken für einen der wesentlichen nichtfinanziellen Aspekte, so wären diese immer zu berichten**.⁸² Somit kann ein Unternehmen die Berichterstattung über ein wesentliches Risiko nicht umgehen, indem es lediglich erklärt, warum es kein Konzept zum betroffenen Aspekt verfolge.⁸³

Ebenso übernimmt das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz den *Comply or Explain-Ansatz* aus Artikel 20 der CSR-Richtlinie⁸⁴ in § 289f HGB⁸⁵ bezüglich der Diversitätsangaben in der Erklärung zur Unternehmensführung.

2.6. Allfällige weitere Regelungen

2.6.1. Abschlussprüfung

Richtliniengemäss muss nach dem CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz der nichtfinanzielle Bericht künftig in die **Abschlussprüfung** aufgenommen werden. Verlangt wird lediglich eine **formale Prüfung** durch den Abschlussprüfer, ob die Angaben gemacht wurden.⁸⁶ Die Option in Artikel 19 der CSR-Richtlinie⁸⁷, die den Mitgliedstaaten die Wahl eröffnet, den Unternehmen vorzuschreiben über die

⁷⁹ Vergleiche § 289c Abs. 3 Nr. 1 HGB: „Beschreibung der von der Kapitalgesellschaft verfolgten Konzepte, **einschliesslich** der von der Kapitalgesellschaft angewandten Due-Diligence-Prozesse“ (Hervorhebung durch das Institut).

⁸⁰ Bundestags-Drucksache 18/9982 vom 17.10.2016, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz), verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/099/1809982.pdf> (09.01.2017), S. 52 (Zu § 289c Absatz 4 HGB-E).

⁸¹ Vergleiche § 289 Abs. 3 HGB.

⁸² Bundestags-Drucksache 18/9982 vom 17.10.2016, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz), verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/099/1809982.pdf> (09.01.2017), S. 52 (Zu § 289c Absatz 4 HGB-E).

⁸³ P. Kajüter, Die nichtfinanzielle Erklärung nach dem Regierungsentwurf zum CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz, Zeitschrift für Internationale Rechnungslegung (IRZ) 2016, S. 507 ff., S. 511.

⁸⁴ Neuer Artikel 20 der Richtlinie 2013/34/EU, Abs. 1 *lit. g*).

⁸⁵ § 289f Abs. 5 HGB.

⁸⁶ § 317 Abs. 2 S. 4 u. 5 HGB.

⁸⁷ Neuer Artikel 19 der Richtlinie 2013/34/EU, Abs. 6.

formale Abschlussprüfung hinaus eine unabhängige Bestätigung des Inhalts der nichtfinanziellen Angaben zu verlangen, wurde damit nicht ausgeübt. Jedoch **steht es dem Unternehmen frei, zusätzlich eine solche externe Prüfung** zu veranlassen. Macht das Unternehmen von dieser Möglichkeit Gebrauch, muss der Prüfbericht in gleicher Weise wie der nichtfinanzielle Bericht veröffentlicht werden.⁸⁸ Eine solche freiwillige inhaltliche Prüfung erscheint mit Blick auf die Sanktionen, die bei fehlerhaften Berichten drohen, durchaus von Interesse.⁸⁹

Wird der gesonderte nichtfinanzielle Bericht nicht mit dem Lagebericht gemeinsam veröffentlicht,⁹⁰ so muss sechs Monate nach dem Abschlussstichtag **ergänzend geprüft** werden, ob der gesonderte nichtfinanzielle Bericht inzwischen veröffentlicht wurde. Dies müsste im Bestätigungsvermerk ergänzt werden.⁹¹

2.6.2. Prüfung durch den Aufsichtsrat

Der **Aufsichtsrat** der Aktiengesellschaft hat gemäss § 171 AktG den Lagebericht zu prüfen. Durch das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz wird diese Prüfungspflicht auch auf den gesonderten nichtfinanziellen Bericht erweitert, der gemäss § 170 HGB ebenfalls vorgelegt werden muss. Dabei muss der Aufsichtsrat die nichtfinanzielle Erklärung **auch inhaltlich prüfen**.⁹²

2.6.3. Ausdehnung der Regelung auf die Lieferkette

Das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz enthält in § 289c HGB⁹³ auch die in der CSR-Richtlinie vorgegebene Ausdehnung der Berichtspflichten auf nichtfinanzielle Risiken in der Lieferkette und in der Kette von Subunternehmern.⁹⁴ Zu berichten ist danach nicht nur über Risiken, die sich aus den Produkten oder Dienstleistungen der Kapitalgesellschaft selbst ergeben, sondern auch über solche, die sich aus den Geschäftsbeziehungen der Kapitalgesellschaft zu anderen Unternehmen ergeben. Umfasst sind auch **Geschäftsbeziehungen ausserhalb der eigenen Konzernstruktur, beispielsweise zu Lieferanten**.⁹⁵

Das Informationsbedürfnis betreffe laut der Gesetzesbegründung insbesondere die Frage, ob die berichtende Kapitalgesellschaft aufgrund ihres Geschäftsmodells **wesentlich von einer Lieferkette in Bezug auf ihre Produkte oder Dienstleistungen abhängt** und **bis zu welcher Tiefe in der Lieferkette nichtfinanzielle Themen adressiert** würden.⁹⁶

⁸⁸ § 289b Abs. 4 HGB.

⁸⁹ Siehe oben Punkt 2.3. in diesem Gutachten zum deutschen Recht.

⁹⁰ Siehe oben Punkt 2.4. in diesem Gutachten zum deutschen Recht.

⁹¹ § 317 Abs. 2 S. 5 HGB in Verbindung mit § 316 Abs. 3 S. 2 HGB.

⁹² §§ 170 Abs. 1, 171 Abs. 1 AktG.

⁹³ § 289c Abs. 3 Nr. 4 HGB.

⁹⁴ Als Spezialregelung zu § 289c Abs. 3 Nr. 3 HGB ausgestaltet, vgl. Bundestags-Drucksache 18/9982 vom 17.10.2016, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nicht-finanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz), verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/099/1809982.pdf> (09.01.2017), S. 50.

⁹⁵ Bundestags-Drucksache 18/9982 vom 17.10.2016, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nicht-finanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz), verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/099/1809982.pdf> (09.01.2017), S. 50.

⁹⁶ Bundestags-Drucksache 18/9982 vom 17.10.2016, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nicht-finanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz), verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/099/1809982.pdf> (09.01.2017), S. 49, 51.

Den Informationsbedarf hinsichtlich der Unternehmen in der Lieferkette sollen die berichtspflichtigen Unternehmen im Rahmen einer **Risiko- und Wesentlichkeitseinschätzung** bestimmen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die **Anforderungen an kleine und mittlere Unternehmen verhältnismässig** bleiben. Die Informationspflichten sollten nicht an kleine und mittlere Unternehmen weitergegeben werden, da diese **gerade nicht durch den zusätzlichen Verwaltungsaufwand belastet** werden sollen.⁹⁷

3. Transposition en France

Au jour de la rédaction du présent rapport, la directive 2014/95/UE du Parlement européen (ci-après également la « Directive ») est **en cours de transposition** en France.

Un premier pas pour la transposition de la Directive a été fait par l'article 216 de la Loi n° 2017-86 du 27 janvier 2017 relative à l'égalité et à la citoyenneté. Cette disposition autorise le gouvernement « à prendre par voie d'ordonnance, dans un délai de six mois à compter de la promulgation de la présente loi, les dispositions relevant du domaine de la loi nécessaires à la transposition de la directive 2014/95/UE du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2014 modifiant la directive 2013/34/UE en ce qui concerne la publication d'informations non financières et d'informations relatives à la diversité par certaines grandes entreprises et certains groupes, ainsi que les mesures d'adaptation de la législation liées à cette transposition », et précise que les « informations publiées portent notamment sur les questions de lutte contre les discriminations et de prise en compte de la diversité de la société française dans les grandes entreprises et les groupes mentionnés au premier alinéa ». Ces dispositions sont toutefois soumises à la ratification par le Parlement.⁹⁸

Suivant cette disposition de la loi 2017-86, un **projet d'ordonnance**⁹⁹ ainsi qu'un **projet de décret**¹⁰⁰ ont été mis en consultation entre le 7 février 2017 et le 1^{er} mars 2017 sur le site du Ministère français de l'Economie et des Finances¹⁰¹. Ces textes proposent l'introduction dans le Code de commerce (ci-après également « CC ») d'un article L. 225-102-1-1 relatif au reporting non-financier ainsi que d'un article L.225-37 en ce qui concerne la politique de diversité. Ces dispositions ne sont à ce stade que des propositions émises par le gouvernement.

Le retard dans le processus de transposition de la directive susmentionnée résulte pour partie du fait que le droit français comportait, dès avant l'entrée en vigueur le 6 décembre 2014 de la directive n° 2014/95/UE susmentionnée, un **cadre réglementaire détaillé en matière de reporting extra-financier**, codifié à l'article L. 225-102-1 du code de commerce. Ainsi, la loi n° 2001-420 du 15 mai 2001 relative aux nouvelles régulations économiques a instauré la publication par les seules sociétés cotées d'informations sociales et environnementales dans leur rapport de gestion. Par la suite, la loi n° 2010-788 du 12 juillet 2010 portant engagement national pour l'environnement a ajouté un pilier sociétal, étendu le champ des sociétés concernées, et créé une liste réglementaire pour les sociétés cotées de 42 éléments de reporting.

⁹⁷ Erwägungsgrund Ziffer 8 der Richtlinie 2014/95/EU; Bundestags-Drucksache 18/9982 vom 17.10.2016, Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nicht-finanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz), verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/099/1809982.pdf> (09.01.2017), S. 2 und S. 51.

⁹⁸ Art. 216 al. 3 de la Loi 2017-86: « Un projet de loi de ratification est déposé devant le Parlement dans un délai de trois mois à compter de la publication de l'ordonnance. »

⁹⁹ Disponible sous <http://www.tresor.economie.gouv.fr/File/433033> (19.04.2017).

¹⁰⁰ Disponible sous <http://www.tresor.economie.gouv.fr/File/433034> (19.04.2017).

¹⁰¹ Information toujours disponible sous http://www.tresor.economie.gouv.fr/15700_consultation-sur-le-projet-de-transposition-de-la-directive-201495-ue (19.04.2017).

Indépendamment de toute démarche de transposition de la directive susmentionnée, on relève un certain nombre de **nouveautés en matière de reporting extra-financier**. Ainsi, l'article L.225-102-1 du Code du commerce a été modifié par la loi n° 2016-1088 du 8 août 2016 relative au travail, à la modernisation du dialogue social et à la sécurisation des parcours professionnels. Quant au cadre réglementaire du reporting extra-financier, il figure aux articles R. 225-104 et R. 225-105 à R. 225-105-2 du Code de commerce. Certaines dispositions de la loi du 17 août 2015 relative à la transition énergétique pour la croissance verte, ainsi que de la loi du 11 février 2016 relative à la lutte contre le gaspillage alimentaire, ont amené à compléter l'article R. 225-105-1 du code de commerce, ceci au moyen du décret n° 2016-1138 du 19 août 2016 pris pour l'application de l'article L. 225-102-1 du code de commerce et relatif aux informations environnementales figurant dans le rapport de gestion des entreprises.

3.1 Champ d'application

3.1.1. Informations non financières

L'obligation de procéder à la déclaration sur la performance non financière concerne, d'après le projet d'ordonnance et le projet de décret, les personnes morales qui servent en tant qu'entités d'intérêt public, c'est-à-dire **essentiellement les sociétés cotées en bourse, les banques ainsi que les assurances**¹⁰², si le nombre moyen des salariés permanents employés dépasse 500 et si le chiffre d'affaire net dépasse le seuil de 40 millions d'euros pour un bilan total de plus de 20 millions d'euros au cours de l'exercice. Les **sociétés qui ne sont pas cotées en bourse** sont également concernées si, au cours de l'exercice, le nombre moyen de salariés permanents employés dépasse 500 et que le total du bilan dépasse 100 millions d'euros pour un chiffre d'affaire net de plus de 100 millions d'euros aussi. En outre, conformément à l'article 19 bis paragraphe 3 de la directive, le projet d'ordonnance prévoit, à l'art. L225-102-1-1 III al. 2 CC que les personnes morales dont les informations financières sont reprises dans les comptes annuels consolidés d'une autre personne morale qui, elle, procède à la publication des informations non financières dans le cadre de son rapport annuel, sont dispensées de l'obligation de déclaration sur la performance non financière.

En vertu du point II de l'art. L. 225-102-1 -1 CC, tel que prévu par le projet d'ordonnance, la « déclaration sur la performance non financière présente des informations sur la manière dont la société prend en compte les conséquences sociales, environnementales et sociétales de son activité, ainsi que ses effets sur le respect des droits de l'homme et la lutte contre la corruption. Ces informations sont fournies dans la mesure nécessaire à la compréhension de la situation de la société, de l'évolution de ses affaires, de ses résultats économiques et financiers et des incidences de son activité ». Il est également prévu que la déclaration doit comprendre notamment « les conséquences sur le changement climatique de l'activité de la société et de l'usage des biens et services qu'elle produit ; ses engagements en faveur du développement durable, de l'économie circulaire, de la lutte contre le gaspillage alimentaire ; les risques financiers liés aux effets du changement climatique et les

¹⁰² L'art. L225-102-1-1 I. CC prévoit que sont visées lorsqu'elles dépassent les seuils fixés par un décret du Conseil d'Etat :

- « 1° Les sociétés dont les titres sont admis aux négociations sur un marché réglementé ;
- 2° Les établissements de crédit et sociétés de financement mentionnés à l'article L. 511-1 du code monétaire et financier et les établissements de paiement et établissements de monnaie électronique mentionnés à l'article L. 521-1 du même code ;
- 3° Les entreprises d'assurance et de réassurance mentionnés aux articles L. 310-1 et L. 310-1-1 du code des assurances, les organismes de sécurité sociale mentionnés à l'article L. 114-8 du code de la sécurité sociale, les institutions de prévoyance et leurs unions régies par le titre III du livre IX du code de la sécurité sociale, les mutuelles et unions de mutuelles régies par le livre II du code de la mutualité ;
- 4° Les sociétés dont les titres ne sont pas admis aux négociations sur un marché réglementé. »

mesures que prend la société pour les réduire en mettant en œuvre une stratégie bas-carbone dans toutes les composantes de son activité ; les accords collectifs conclus dans l'entreprise et leurs impacts sur la performance économique de l'entreprise ainsi que sur les conditions de travail des salariés ; les actions visant à lutter contre les discriminations et promouvoir les diversités ».

Le projet de décret précise plus avant les **modalités de présentation de ces informations**. En application du nouvel art. R. 225-105 CC en projet, la déclaration de performance non financière doit identifier les risques créés par l'activité de la société et comporter pour chacun de ces risques, une description des politiques appliquées par l'entreprise, en ce compris les procédures de diligence raisonnable ainsi que les résultats de ces politiques. En ce qui concerne les risques, le projet de décret précise, à l'art. R. 225-105 nouveau CC, que la déclaration contient, lorsqu'elles sont pertinentes pour les risques significatifs résultant de l'activité de la société ou les politiques mises en place pour les contrer, les informations suivantes :

« Social:

- a) Emploi : l'effectif total et la répartition des salariés par sexe, par âge et par zone géographique ; les embauches et les licenciements ; les rémunérations et leur évolution ;
- b) Organisation du travail : l'organisation du temps de travail ; l'absentéisme ;
- c) Santé et sécurité : les conditions de santé et de sécurité au travail ; les accidents du travail, notamment leur fréquence et leur gravité, ainsi que les maladies professionnelles ;
- d) Relations sociales : l'organisation du dialogue social, notamment les procédures d'information et de consultation du personnel et de négociation avec celui-ci ; le bilan des accords collectifs, notamment en matière de santé et de sécurité au travail ;
- e) Formation : les politiques mises en œuvre en matière de formation, notamment en matière de protection de l'environnement ; le nombre total d'heures de formation ;

Environnement :

- a) Politique générale en matière environnementale : l'organisation de la société pour prendre en compte les questions environnementales et, le cas échéant, les démarches d'évaluation ou de certification en matière d'environnement ; les moyens consacrés à la prévention des risques environnementaux et des pollutions ; le montant des provisions et garanties pour risques en matière d'environnement, sous réserve que cette information ne soit pas de nature à causer un préjudice sérieux à la société dans un litige en cours ;
- b) Pollution : les mesures de prévention, de réduction ou de réparation de rejets dans l'air, l'eau et le sol affectant gravement l'environnement ; la prise en compte de toute forme de pollution spécifique à une activité, notamment les nuisances sonores et lumineuses ;
- c) Economie circulaire : i) Prévention et gestion des déchets : les mesures de prévention, de recyclage, de réutilisation, d'autres formes de valorisation et d'élimination des déchets ; les actions de lutte contre le gaspillage alimentaire ; ii) Utilisation durable des ressources : la consommation d'eau et l'approvisionnement en eau en fonction des contraintes locales ; la consommation de matières premières et les mesures prises pour améliorer l'efficacité dans leur utilisation ; la consommation d'énergie, les mesures prises pour améliorer l'efficacité énergétique et le recours aux énergies renouvelables ; l'utilisation des sols ;
- d) Changement climatique : les postes significatifs d'émissions de gaz à effet de serre générés du fait de l'activité de la société, notamment par l'usage des biens et services qu'elle produit ; l'adaptation aux conséquences du changement climatique, incluant les objectifs de réduction fixés volontairement à moyen et long terme pour réduire les émissions de gaz à effet de serre et les moyens mis en œuvre à cet effet ;
- e) Protection de la biodiversité : les mesures prises pour préserver ou restaurer la biodiversité ;

Sociétal :

- a) Egalité de traitement : les mesures prises en faveur de l'égalité entre les femmes et les hommes ; les mesures prises en faveur de l'emploi et de l'insertion des personnes handicapées ; la politique de lutte contre les discriminations ;
- b) Engagements sociétaux en faveur du développement durable : l'impact de l'activité de la société en matière d'emploi et de développement local ; l'impact de l'activité de la société sur les populations

riveraines ou locales ; les relations entretenues avec les parties prenantes de la société et les modalités du dialogue avec celles-ci ; les actions de partenariat ou de mécénat ;

Lutte contre la corruption : les actions engagées pour prévenir la corruption ;

Actions en faveur des droits de l'Homme :

a) Promotion et respect des stipulations des conventions fondamentales de l'Organisation internationale du travail relatives : au respect de la liberté d'association et du droit de négociation collective ; à l'élimination des discriminations en matière d'emploi et de profession ; à l'élimination du travail forcé ou obligatoire ; à l'abolition effective du travail des enfants ;

b) Autres actions engagées en faveur des droits de l'homme. »

3.1.2 Politique de diversité

La politique de diversité telle qu'envisagée dans le projet d'ordonnance de transposition et de son décret d'application, reprend les termes de la directive en intégrant une obligation d'insérer dans le rapport de gestion une description de la politique de diversité appliquée aux différents organes d'administration, de gestion et direction à la lumière de critères tels que l'âge, le genre ou la qualifications et l'expérience professionnelle.

D'après le projet d'ordonnance et de décret, l'obligation d'inclure dans le rapport de gestion une description détaillée de la politique de diversité appliquées aux membres susmentionnés s'applique à toute société qui a employé un nombre moyen de salariés permanents employés dépassant 250 au cours de l'exercice et dont le total du bilan dépasse 20 millions d'euros pour un chiffre d'affaire net de plus de 40 millions d'euros aussi.

3.2 Mode de transposition

Le projet d'ordonnance et son décret d'application, permettront la transposition de la Directive, en opérant une modification du titre deuxième du livre deuxième du **code de commerce** français ainsi que du titre II du livre II de la partie réglementaire du même code.

Si les projets d'ordonnance et de décret sont retenus, la partie législative accueillera un nouvel article L225-102-1-1 reprenant les recommandations de la Directive en précisant les sociétés concernées par les nouvelles obligations qui en découlent ainsi que les seuils, fixés par voie de décret, à partir desquels les sociétés visées devront se conformer aux exigences européennes. Les modifications consistent également dans la suppression de certains mots voire alinéa entier notamment les alinéas cinquièmes à neuvième de l'actuel article L225-102-1 CC.

3.3 Sanctions

Les actuelles versions du projet d'ordonnance ainsi que de décret d'application ne précisent pas les sanctions applicables au défaut de publication des informations non financières et sur la politique applicable en faveur de la promotion de la diversité.

3.4 Mode d'accès et publications

3.4.1 Informations non financières

Les informations non financières visées par le projet d'ordonnance et de décret s'insèrent dans le rapport de gestion et devront être rendues accessibles **sur le site internet de la société** débitrice de

l'obligation, et ce, dans un délai de 8 mois à compter de la clôture de l'exercice et pendant une durée de 5 années.

3.4.2 Politique de diversité

La politique de diversité préconisée par la Directive emportera modification des articles L225-37 et L225-68 du code de commerce. Ce volet étant rattaché à la déclaration relative à la performance non financière, on présume qu'il y soit joint et également rendu disponible **sur le site internet de la société**.

3.5 Aménagement de la règle « comply-or-explain »

La transposition de la règle « appliquer-ou-expliquer » en droit français reprend les termes de la Directive, et selon le projet d'ordonnance l'absence de déclaration non financière dans le rapport de gestion et/ou d'une description de la politique de diversité mise en œuvre au sein de la société doit être palliée par une **explication des raisons justifiant cette absence** (art. L.225-102-1-1 CC, L.225-37 CC et L. 225-68 CC).

3.6 Mesures additionnelles

La publication de la déclaration sur la performance non financière intervient après qu'un **organisme tiers** indépendant ait effectué la **vérification relative à la présence des informations** reprises à l'art. R. 225-105 CC susmentionné, suite à quoi il émet une **attestation** y relative et signalant, le cas échéant, les informations manquantes. Cette attestation est **remise à l'assemblée des actionnaires ou des associés** en même temps que le rapport de gestion.

L'organisme tiers indépendant est désigné par le directeur général de la société concernée ou par le président du directoire, pour une durée qui ne peut dépasser six exercices, parmi les organismes accrédités à cet effet.

La nouvelle version en projet de l'art. R. 225-102-2 CC prévoit en outre qu'en ce qui concerne les sociétés qui emploient en moyenne au moins 500 salariés et dont les seuils dépassent 100 millions d'euros pour le total du bilan ou 100 millions d'euros pour le montant net du chiffre d'affaires, l'organisme tiers indépendant devra également produire un **avis motivé sur l'analyse des risques significatifs** résultant de l'activité de la société ainsi que **sur la pertinence et la sincérité des informations** fournies dans la déclaration de performance non financière, de même que les diligences que l'organisme certifiant a mises en œuvre pour conduire sa mission de vérification.

4. Transposition in the United Kingdom

In the UK, secondary legislation, in the form of Regulations known as *The Companies, Partnerships and Groups (Accounts and Non-Financial Reporting) Regulations 2016*¹⁰³ (the "UK Regulations") transpose into UK law the main provisions of the EU Non-financial Reporting Directive (2014/95/EU) (the "Directive", see more in detail below, 4.3.). The Regulations were published on 19th December 2016

¹⁰³ *The Companies, Partnerships and Groups (Accounts and Non-Financial Reporting) Regulations 2016* (no. 1245 of 2016) available at <http://www.legislation.gov.uk/ukxi/2016/1245/contents/made> (28.12.2016).

and came into force on 27th December 2016.¹⁰⁴ They apply to financial years beginning on or after 1st January 2017.

4.1. Scope

As to which UK companies are affected by the transposition of the Directive, the UK Government conducted a consultation on whether, in the interests of simplification, to oblige companies currently only required to comply with UK rules but outside the scope of the Directive to also report under the new framework.¹⁰⁵ It finally concluded that **only those companies that fall within the scope of the Directive** will be required to report in accordance with the obligations laid out in the Directive; companies outside its scope would instead continue to be required to comply only with current UK requirements. In order to avoid a situation where a company may, because of a change in the number of its employees for example, report using the UK framework one year and the EU's the next, the legislation will permit companies to voluntarily comply with the EU requirements.¹⁰⁶ This will allow them to avoid incurring additional costs as a consequence of moving between regimes as a result of changes in their size from one year to the next.

The scope of the transposed Directive was also considered in relation to the meaning of 'public interest entity', as referred to in the Directive and defined in Article 2(1) of Accounting Directive 2013/34/EU. 'Public interest entity' is not defined in the *Companies Act 2006*, but the term is transposed via the UK Regulations with reference to domestic law concepts deriving principally from those entities authorised under the *Financial Services and Markets Act 2000* to carry out the activities that public interest entities carry out. Transposition of the EU concept of 'public interest entities', namely those companies whose transferable securities are admitted to trading on regulated markets, credit institutions and insurance undertakings¹⁰⁷ is achieved by reference to existing domestic definitions. The terms adopted in the new section 414CA of the *Companies Act 2006* are 'traded company', 'banking company', 'authorised insurance company' and a 'company carrying on insurance market activity'. The various origins of the definitions of these entities is set out in an Explanatory Memorandum to the UK Regulations.¹⁰⁸

4.2. Way of Transposing the Directive

The UK Regulations will make two key amendments to existing UK rules:

- The UK Regulations amend the **Companies Act 2006**¹⁰⁹ by inserting **two new sections**: section 414CA sets out the requirement for large public interest entities with over 500 employees to

¹⁰⁴ *Ibid*, regulation 1(1).

¹⁰⁵ See Department for Business, Energy & Industrial Strategy, *The Non-Financial Reporting Directive: The Government Response to the consultation on the implementation of the Directive*, November 2016, available at https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/575530/beis-16-41-non-financial-reporting-directive-implementation-consultation-government-response.pdf (20.12.2016), p.5.

¹⁰⁶ See proposed new section 414CA(10) as referred to in *The Companies, Partnerships and Groups (Accounts and Non-Financial Reporting) Regulations 2016*, *op. cit.*

¹⁰⁷ There is no such body in the UK as a 'public-interest entity' as designated by the UK as an EU Member State, and foreseen at Article 2(1)(d) of Accounting Directive 2013/34/EU.

¹⁰⁸ Available at http://www.legislation.gov.uk/ukxi/2016/1245/pdfs/ukxiem_20161245_en.pdf (28.12.2016), pp. 2-3.

¹⁰⁹ *Companies Act 2006*, available at <http://www.legislation.gov.uk/ukpga/2006/46/contents> (20.12.2016).

prepare a non-financial information statement as part of the existing requirement to prepare a “strategic report”; section 414CB sets out the content of the non-financial information statement.

- The requirement for issuers to disclose information about their diversity policy is being implemented by way of an amendment to the **Disclosure Guidance and Transparency Rules (“DTR”)**¹¹⁰ which form part of the Handbook operated by the financial regulator, the **Financial Conduct Authority (“FCA”)**. A new rule *DTR 7.2.8A* transposes the requirement of the Directive on certain issuers to disclose their diversity policy in the corporate governance statement of their Annual Report where such a policy is in place, and, where there is no such policy, to contain an explanation of why this is the case.

Part 15 of the *Companies Act 2006* already contains requirements concerning the provision of non-financial information as part of what is known as the strategic report of a company, forming part of the ‘management report’ referred to in the Directive. These reflect a mixture of domestic and EU law.¹¹¹ The Directive requirement however, is to have a non-financial information statement as a separate part of the management report. Although the new requirements have been deliberately kept separate to existing requirements, certain information demanded in the newly inserted section 414CB is treated as satisfying certain of the requirements in existing section 414C, to prevent duplication.¹¹²

4.3. Sanctions

As additions to existing domestic requirements, the transposition into UK law of the reporting obligations in the Directive have **not** been accompanied by any **new enforcement mechanisms**. Instead, existing sanctions for breach of the reporting requirements continue to apply.

Since September 2013, it has been a requirement of the *Companies Act 2006*, most UK companies¹¹³ must include a strategic report in their annual report to shareholders. This should provide readers with a fair review of the company’s business and a description of the principal risks it faces. The new obligation to produce a non-financial information statement is inserted (at a newly inserted section 414CA) as further requirement of the contents of a strategic report. The existing sanction for a failure to comply with the requirements with regard to the strategic report is set out at section 414D. This makes it a criminal offence for a director of a company to approve a strategic report which he or she knows does not comply, or is reckless as to whether it complies, and fails to take reasonable steps to secure compliance with those requirements. The penalty is an unlimited fine.

Similarly, existing sanctions concerning breaches of the *DTR* will apply in relation to a violation of the requirement on certain issuers to disclose their diversity policy, as recently transposed into UK law by way of an additional rule in the *DTR*. *DTR 1.5.3* specifies that an issuer which breaches any of the

¹¹⁰ *Disclosure Guidance and Transparency Rules sourcebook*, available at <https://www.handbook.fca.org.uk/handbook/DTR.pdf> (20.12.2017). These rules apply to all entities to which the *Financial Conduct Authority* is required to apply the provisions of the Market Abuse Regulation (Regulation EU No. 596/2014) – per Article 22 of that Regulation.

¹¹¹ Section 414C already requires companies to produce a strategic report, containing a fair review of the company’s business and a description of the principal risks and uncertainties facing the company, including for larger companies, where necessary to understand the development, performance or position of the company’s business, an analysis of key performance indicators and including information relating to environmental and employee matters. In this regard, quoted companies must also provide information about environmental, employment and social, community and human rights issues.

¹¹² See *Companies Act 2006*, *op. cit.*, as amended by *The Companies, Partnerships and Groups (Accounts and Non-Financial Reporting) Regulations 2016*. Section 414CB(7).

¹¹³ An exemption for small companies exists: *Companies Act 2006*, section 414B.

disclosure requirements may impose a financial penalty or publish a statement censuring the entity in breach. It may also penalise anyone discharging managerial responsibilities in this regard. The FCA's policy with respect to the imposition and amount of penalties is set out under section 6.5A of the *Decision Procedure and Penalties Manual* of the *FCA Handbook*.¹¹⁴

4.4. Publication Modalities and Access

The strategic report, in which the non-financial statement is to be included, is an essential part of the annual report to be published by all UK companies. Equally, the obligation to describe the diversity policy (or to provide an explanation where there is none), is transposed in the *DTR* as an additional item to be included in a company's directors' report, as part of a company's corporate governance statement.¹¹⁵

The annual accounts and reports (including, where applicable, the directors' report) for each financial year must be sent to every member (or shareholder) of the company,¹¹⁶ or, alternatively only the strategic report may be sent to shareholders in place of the full annual report and accounts, unless this is prohibited by the company's constitution or the shareholders specifically elect otherwise.¹¹⁷ In addition, companies will need to file the annual report, including the strategic report and the directors' report with *Companies House*, the UK's registrar of companies.¹¹⁸ These are considered to be public records, accessible to the public, subject to the payment of a fee.

Moreover, "quoted" companies,¹¹⁹ the larger ones of which will likely fall within the category of companies required to prepare a non-financial information statement, are also required to publish their accounts and reports on a website.¹²⁰

4.5. Modalities / Implementation of the "Comply or Explain" Mechanism

Transposition of the Directive into UK law is being implemented on the basis that the **revised reporting framework will not go beyond the minimum requirements** of the Directive.

The UK Government consulted on two options:¹²¹ Option 1, a minimalist option transposing the Directive as a subset of the existing UK framework; and Option 2, a deregulatory option which would repeal certain UK requirements for listed companies outside the scope of the Directive and apply the Directive to all listed companies, thereby avoiding a dual reporting system. It was considered that requiring undertakings and groups outside the scope of the Directive to report under the new framework would place a greater burden on these entities and "gold plate" an EU requirement. Option 1 was therefore adopted, with the UK Regulations obliging only undertakings and groups that fall within the scope of the Directive to report in accordance with the requirements of the Directive. Those

¹¹⁴ See *FCA Handbook, The Decision Procedure and Penalties manual, Chapter 6 Penalties*, available at <https://www.handbook.fca.org.uk/handbook/DEPP/6/5A.pdf> (22.12.2016).

¹¹⁵ *FCA Handbook, DTR, op. cit.*, rule 7.2.1.

¹¹⁶ *Companies Act 2006, op. cit.*, section 423.

¹¹⁷ *Companies Act 2006, op. cit.*, sections 426 and 426A.

¹¹⁸ *Companies Act 2006, op. cit.*, section 441.

¹¹⁹ As defined under the *Companies Act 2006*, at section 385.

¹²⁰ *Companies Act 2006, op. cit.*, section 430.

¹²¹ *Explanatory Memorandum to The Companies, Partnerships and Groups (Accounts and Non-Financial Reporting) Regulations 2016, op. cit.*, para. 8.4-8.7.

outside its scope will continue to be required to comply with current UK requirements, but with the possibility of voluntarily complying with the EU requirements.¹²²

The “comply or explain” mechanism under the UK Regulations mirrors that of the Directive, adopting almost **word for word** the text contained in the new Article 19a(1) of Directive 2013/34/EU.¹²³ The newly inserted rule of the *DTR*, likewise, adopts wording which closely follows that of revised Article 20 of Directive 2013/34/EU.¹²⁴ Disclosure of information about impending developments or matters in the course of negotiation may be withheld if the disclosure would, in the opinion of the directors, be seriously prejudicial to the commercial interests of the company, provided that such non-disclosure does not prevent a fair and balanced understanding of the company’s development, performance or position or the impact of the company’s activity.

4.6. Other Measures

Transposition in to UK law of Directive 2014/95/EU has not led to the introduction of measures which go beyond the minimum requirements of the Directive. Mandatory requirements of the Directive have been implemented, but feedback from the Government consultation exercise was mainly resistant to additional substantive measures. As a result, businesses have instead rather been given the opportunity to go beyond minimum requirements on a voluntary basis.¹²⁵ Substantive measures, such as human rights due diligence, liability rules or application of the requirements to companies’ supply chains were not considered as part of the Government consultation.

Other than implementation of rules relating to the non-financial statement, the other key amendment introduced by the UK Regulations is a modification to certain sections of the *Companies Act 2006*, designed to remedy a gap in the transposition of Article 23(1) of Accounting Directive 2013/34/EU.¹²⁶ This is to ensure that the parent company of a small group cannot benefit from an exemption from the requirement to prepare group accounts if a member of the group is established in an EEA State and is a public interest entity within the meaning of the Accounting Directive.

The UK Government also consulted on making it a mandatory requirement for companies to secure independent verification of the information contained in a non-financial statement, as envisaged by the Directive as an option for Member States.¹²⁷ Ultimately however, it was decided that in light of existing obligations (including that an auditor must currently assess whether there is consistency between financial and non-financial information), and feedback that such a mandatory requirement

¹²² See section 4.1. above of this country report.

¹²³ The *Companies Act 2006*, section 414CB(4) now states: “*If the company does not pursue policies in relation to one or more of the matters mentioned in subsection (1)(a) to (e), the statement must provide a clear and reasoned explanation for the company’s not doing so.*” See *The Companies, Partnerships and Groups (Accounts and Non-Financial Reporting) Regulations 2016*, *op. cit.*, regulation 4.

¹²⁴ The *Disclosure Guidance and Transparency Rules*, *op. cit.*, rule 7.2.8A(2) state: “*If no diversity policy is applied by the issuer, the corporate governance statement must contain an explanation as to why this is the case.*”

¹²⁵ Such as the opportunity for companies which do not technically qualify as a company required to produce a non-financial report, but which may, nonetheless, choose to produce one (see section 4.1. of this country report above), and the opportunity to have independent verification of the information contained in a non-financial statement – referred to below in this section of the country report.

¹²⁶ See regulation 3 of *The Companies, Partnerships and Groups (Accounts and Non-Financial Reporting) Regulations 2016*, *op. cit.*

¹²⁷ Indicated as an option in the newly inserted Article 19a(6) of Directive 2013/34/EU. See Department for Business, Energy & Industrial Strategy, *The Non-Financial Reporting Directive: The Government Response to the consultation on the implementation of the Directive*, *op. cit.*, pp.6-7.

might undermine this work and possibly add unwelcome delays in publication, **independent verification of non-financial information would not be mandated**. Companies may however voluntarily seek independent verification of non-financial disclosures.

5. Transposition in Denmark

Denmark has been ambitious when it comes to adopting legislation on non-financial reporting. A reporting duty was introduced already in 2009 making it mandatory for business enterprises of a certain size to report annually on their policies in the domain of Corporate Social Responsibility, including the steps taken for implementation thereof, the results achieved, and future expectations.¹²⁸ A further amendment to the Financial Statements Act was enacted by Parliament in Act no. 546 of 18 June 2012, according to which enterprises must, in addition, include in their annual reports specific mention of the company's policies for ensuring respect for human rights and for reducing the climate impact of their business activities, or provide a statement averring the absence of such policies ("comply or explain"). Accordingly, some of the requirements in the Directive 2014/95/EU were laid down in Danish law prior to the adoption of that Directive.

Denmark has transposed the **Directive 2014/95/EU** through the adoption of a law amending the Financial Statements Act and various other Acts (*Lov nr. 738 af 1. juni 2015: Lov om ændring af årsregnskabsloven og forskellige andre love*).¹²⁹ This law also transposes requirements laid down in other EU Directives, in particular Directive 2013/50/EU.¹³⁰ The transposition of Directive 2014/95/EU has mainly been done through amendments to Chapter 11 of the Financial Statements Act (*årsregnskabsloven*). The amendments to the Danish law entered into force on 1 July 2015. The implementation process is twofold: the implementation was effective from **1 January 2016 for large undertakings that are public-interest entities**, and it will be effective from **1 January 2018 for all companies falling in to the category large companies**.¹³¹ We will elaborate further on this in the following paragraphs.

5.1. Scope

Compared to the Directive, Denmark has chosen to **widen the scope of the undertakings** subject to the requirements on non-financial statement. The process of implementation is however made in two steps. Firstly, the new requirements apply to large undertakings which are public interest entities exceeding 500 employees as of 1 January 2016 (about 50 undertakings). Secondly, from 1 January 2018, they apply to all *large undertakings* that are subject to the requirements in the so called accounting class C¹³² and to *all undertakings* subject to the requirements in the so called accounting

¹²⁸ Article 99 a of the Financial Statements Act (*årsregnskabsloven*).

¹²⁹ Lov nr 738 af 01/06/2015 om ændring af årsregnskabsloven og forskellige andre love, available at <https://www.retsinformation.dk/forms/r0710.aspx?id=170627> (17.01.2017).

¹³⁰ Ibid, cf. note 1.

¹³¹ Erhvervsstyrelsen, Implementation in Denmark of EU Directive 2014/95/EU on the disclosure of non-financial information, available at <http://csrgov.dk/file/557863/implementation-of-eu-directive.pdf> (02.10.2016).

¹³² Large companies subject to the requirements in the accounting class C are companies exceeding at least two of the three following criteria: (1) average number of employees during the financial year amounts to at least 250; (2) balance sheet total during each of the last two financial year amounts to at least DKK 156 million; (3) net turnover during each of the last two financial year amounts to at least DKK 313 million (cf. section 7 in the Financial Statements Act).

class D¹³³ (in total about 1,100 undertakings). In practice, this means, firstly, that the rules will **apply to all listed and state-owned limited liability companies irrespective of their size**. Secondly, the rules will apply also to all undertakings exceeding at least two of the three following criteria:

- average number of employees during the financial year amounts to at least 250;
- balance sheet total during each of the last two financial year amounts to at least DKK 156 million;
- net turnover during each of the last two financial year amounts to at least DKK 313 million.

Those thresholds **corresponds to the thresholds for the category large undertakings in Article 3** of the Accounting Directive 2013/34/EU. Furthermore, the reporting requirements apply equally to institutional investors, mutual funds and other listed financial enterprises (banks and insurance companies, etc.) that are not subject to the Financial Statements Act.¹³⁴ This is regulated in various Executive Orders issued by the Danish Financial Supervisory Authority (*Finanstilsynet*)¹³⁵

Article 1(2) (amended Article 20 in Directive in Directive 2013/34/EU), lays down requirements on **reporting on diversity policy**. To our knowledge, those requirements have not lead to any amendments to the Danish law. The probable reason for this is that a requirement of **reporting on the gender balance** in the supreme management body (*øverste ledelsesorgan*) and at the other management levels (*øvrige ledelsesniveauer*) was introduced in Danish law already in 2012 through the adoption of a new provision (section 99b) in the Financial Statements Act. It provides, in essence, that companies that are required to set target figures for the share of the under-represented gender in their *supreme management body* must give an account of whether the company has reached such target figure, and, if failing to reach the target, the reason for that. The companies shall also prepare a policy in order to improve the gender balance at the *other management levels*, and are required to give an account of such policy. Those requirements apply to **all listed and state-owned limited liability companies irrespective of their size** and to limited liability companies of a certain size (the thresholds concerning the number of employees, balance sheet total and net turnover are the same as those for large undertakings referred to above).¹³⁶ For the gender balance reporting, essentially the same requirements apply as for the non-financial statements regulated in section 99 a in the Financial Statements Act (for example modalities concerning the publication of the report, comply or explain mechanism, etc.).

It should be noted that section 99 b in the Financial Statements Act is limited to the reporting of gender balance issues. It **does not address age or educational and professional backgrounds**, which are mentioned in the Directive as examples of issues to include in the diversity policy. In our view, this casts some doubts on whether the Directive's requirements on diversity policy reporting are sufficiently transposed in to Danish law.

5.2. Way of Transposing the Directive

Article 1(1) in Directive 2014/95/EU (the new Article 19a in Directive 2013/34/EU) has been transposed in to Danish law in a way that it follows closely the wording of the Directive. Key amendments has been

¹³³ The companies subject to the requirements in the accounting class D are state-owned public limited companies and companies whose shares, debt instruments or other securities are admitted to trading on a regulated market in an EU/EEA country (cf. section 7 in the Financial Statements Act.

¹³⁴ <https://samfundsansvar.dk/hvem-skal-redegoere-over-500-ansatte> (26.01.2017)

¹³⁵ See BEK nr 707 af 01/06/2016 Bekendtgørelse om ændring af bekendtgørelse om finansielle rapporter for kreditinstitutter og fondsmæglerselskaber m.fl. and BEK nr 688 af 01-06-2016 Bekendtgørelse om ændring af bekendtgørelse om finansielle rapporter for forsikringsselskaber og tværgående pensionskasser.

¹³⁶ The underlying requirements to set a target figures and to have a gender balance policy are laid down in section 139a in the Danish Companies Act (*LBKG 2015-09-14 nr 1089 Selskabsloven*).

made to **Article 99 a in the Financial Statements Act**. The provision had already laid down certain non-financial reporting duties for large companies, albeit less strict than the new EU requirements. Therefore, it has been amended in order to fully meet the requirements in the new Article 19a in Directive 2013/34/EU.

5.3. Sanctions

The transposition into Danish law of the reporting obligations in the Directive has **not lead to any new enforcement mechanisms**. Instead, existing sanctions for breach of the general reporting requirements continue to apply. The penalties are laid down in section 164 in the Financial Statements Act. It provides that any non-compliance with *inter alia* the new reporting requirements in section 99 a and 99 b is **punishable with a fine**. The amount (or calculation of the amount) of such fine is not indicated in the provision and it is therefore left to the discretion of the court. However, generally when fixing a fine, the court shall give special consideration, within the limits relative to the nature of the offence and the gravity of the offence, to the offender's capacity to pay the fine and to the gained or expected gained proceeds or savings resulting from the offence.¹³⁷

There are specific provisions regulating the **non-compliance with the time limits for the submission of the annual report**, including all its compulsory elements. Where the undertaking fails to submit the report within eight days following a reminder letter from the Business Authority, the Authority will impose a **fee on each member of the undertakings supreme management** or each branch manager. The fee amounts to DKK 500 for each member of the management or each branch manager for the first month, a total of DKK 2,000 for the second month and a total of DKK 3,000 for the third month. The charge cannot exceed DKK 3,000 for each member of the management or each branch manager.¹³⁸

5.4. Publication Modalities and Access

An undertaking can chose to either **include** the non-financial statement in the management report (*ledelsesberetningen*) in the annual report or **publish it as a separate report**.¹³⁹ The separate report shall be added as a supplement to the annual report or published on the company's website. Reference to the separate report must be given in the management commentary. The same requirements apply for the reporting on the gender balance in management.¹⁴⁰ This corresponds to the requirements in the Directive.¹⁴¹

Section 99 a (8) in the Financial Statements Act authorizes the Danish Business Authority to lay down more detailed rules concerning the publication of the non-financial statements in a supplementary report to the annual report as well as for the publication of the report on the company's website. The same is true for the reporting on the gender balance in management. **Executive Order no. 558 of 1 June 2016** states, for example, that if the undertaking has opted for the publication on its website, the non-financial statements and the report on the gender balance in management shall be available on

¹³⁷ Langstedt, B. L. et al., *International Encyclopaedia for Criminal Law - Monograph Denmark*, 2014 Kluwer Law, p. 102.

¹³⁸ Section 151 in the Financial Statements Act.

¹³⁹ Section 99 a (4) in the Financial Statements Act..

¹⁴⁰ Section 99 b refers to Section 99 a (4-9) in the Financial Statements Act.

¹⁴¹ ERHVERVSSTYRELSEN, Implementation in Denmark of EU Directive 2014/95/EU on the disclosure of non-financial information, p. 11, available at <http://csrgov.dk/file/557863/implementation-of-eu-directive.pdf> (02.10.2016).

its website for at least five years.¹⁴² The Executive Order also includes rules on how the non-financial statements prepared by the undertaking in accordance with section 99 a must be described so as to ensure that there is no doubt that it concerns that specific report, in contrast to any voluntary CSR information that might be published by the undertaking. To this end, the Executive Order provides that the non-financial statement must be published in the form of a comprehensive report having the title “Non-financial statement under section 99 a in the Financial Statements Act” (“*Redegørelse for samfundsansvar, jf. årsregnskabslovens § 99 a*”). Furthermore, the report must be clearly separated from any other information on CSR on the company’s website and it must be stated that the report is part of the management commentary in the annual report.¹⁴³

Annual reports, including the management commentary, are **publicly available** when they have been received and published by the Danish Business Authority.¹⁴⁴ The publication is made in a register linked to the Authority’s website.¹⁴⁵ The main rule is that the annual report must be submitted electronically.¹⁴⁶

5.5. Modalities / Implementation of the “Comply or Explain” Mechanism

The “comply or explain” mechanism concerning the **non-financial statement** has been transposed in to Danish law in a way that corresponds closely to the wording of the Directive. Accordingly, section 99 a (3) in the Financial Statements Act provides that “if the enterprise has no CSR policies in the areas mentioned in subsection (2)(ii), this must be disclosed in the management commentary stating the reasons for such absence in each of the areas mentioned”.

The “comply or explain” mechanism is construed differently for the reporting on **gender balance in management**, regulated in section 99 b in the Financial Statements Act. As mentioned under section 4.1 above, companies that are obliged to set a target figure for the quota of the under-represented gender in the supreme management body must give an account of whether the company has reached such target figure and, if not, why the company has failed to do so. Furthermore, the companies are required to prepare a policy to improve the gender balance at the other management levels of the enterprise and to give an account of such policy. These two requirements are mandatory and can therefore hardly be characterized as “comply or explain mechanisms”. It is thus rather question of a **strict duty to comply**. However, where there is no under-represented gender in the supreme management body nor on the other management levels, it suffices to merely state this fact in the management commentary.¹⁴⁷

¹⁴² Executive Order no. 558 of 1 June 2016 sections 14 and 23, available at <https://erst.lovportaler.dk/showdoc.aspx?schultzlink=bek20160558> (24.01.2016).

¹⁴³ Ibid, section 15.

¹⁴⁴ The Financial Statements Act section 154, see also the Danish Business Authority’s Statutory Order Bekendtgørelse Nr. 1057 af 8. september 2015 om indberetning til og offentliggørelse af årsrapporter m.v. i Erhvervsstyrelsen samt kommunikation i forbindelse hermed, section 9.

¹⁴⁵ Ibid.

¹⁴⁶ <https://erhvervsstyrelsen.dk/regnskaber-og-aarsrapporter> (24.01.2017). The submission is made by means of a software tool on the Authority’s website, see https://indberet.virk.dk/myndigheder/stat/ERST/Regnskab_20 (24.01.2017).

¹⁴⁷ The requirements to set a target figures and to have a gender balance policy are laid down in section 139 a in the Danish Companies Act. In essence, it provides that the obligation apply to all listed companies, state-owned public limited companies and large limited liability companies.

5.6. Other Measures

Directive 2014/95/EU has been transposed in to Danish law in a way that as of 2018 the requirements apply to a wider scope of undertakings than provided for in the Directive (see section 4.1 above). In addition, as regards reporting on environmental policy, Article 99a Financial Statements Act explicitly states that that statement shall include policies aiming at **reducing the climate change impact** of the enterprise's activities. This is arguably stricter than the Directive, which do not refer to climate change policies specifically.

In order to provide guidance for undertakings concerning the statutory requirements in Article 99 a in the Financial Statements Act as well as generally concerning CSR reporting, the Danish Business Authority (Erhvervsstyrelsen) issues detailed guidelines, which explain the various statutory requirements.¹⁴⁸ For example, it states that the report must be written in Danish, and, where the report is published on the company's website, that it must be a link to the website in the management commentary (*ledelsesberetningen*) in the annual report.¹⁴⁹ Furthermore, it states that it is the responsibility of the company's management that the report is duly published and contains all the necessary elements.¹⁵⁰ It also refers to international reporting standards that can be used (the UN's Global Compact, Global Reporting Initiative, etc.).¹⁵¹ Finally, it may also be mentioned that studies on the effects of the Danish CSR reporting regulations are carried out since 2009 and available on the authority's website.¹⁵²

6. Transposition in Sweden

Sweden has transposed Directive 2014/95/EU primarily through the adoption of a law amending the **Annual Accounts Act** (*Lag (2016:947) om ändring i årsredovisningslagen (1995:1554)*, see more in detail below, 6.2.)). The amendments to the Swedish law entered into force on 1 December 2016 and the new rules apply to the financial year starting after 31 December 2016.

6.1. Scope

6.1.1. Non-Financial Statement

The key amendments to the Annual Accounts Act are to be found in its Chapter 6 which lays down rules concerning various kinds of reports such as management report, corporate governance report, etc. The new section 10 sets out the requirement that certain undertakings shall include or supplement their management report with a **non-financial statement**. The requirements as to the content of that non-financial statement is regulated in the new section 12. Section 10 provides that the undertakings

¹⁴⁸ *Redegøelse for samfundsansvar – praktisk vejledning & inspiration*, 2nd ed., 2010, available at http://www.eogs.dk/graphics/publikationer/CSR/Redeg%F8relse_for_samfundsansvar.pdf (24.01. 2017); an abridged version is available in English: *Reporting on Corporate Social Responsibility – An introduction for supervisory and executive boards*, available at http://csrcgov.dk/file/320019/short_version_guide_on_fulfilling_the_requirements_2009.pdf.pdf (24.01.2017).

¹⁴⁹ *Redegøelse for samfundsansvar – praktisk vejledning & inspiration*, 2nd ed., 2010, p. 12.

¹⁵⁰ *Ibid*, p. 13.

¹⁵¹ *Ibid*, p. 39 ff.

¹⁵² Reports available at http://www.samfundsansvar.dk/undersogelser_af_lovkravets_effekt (14.10.2015).

subject to the non-financial statement requirements are undertakings exceeding at least two of the three following criteria:

- average number of employees during each of the last two financial year amounts to at least 250;
- balance sheet total during each of the last two financial year amounts to at least SEK 175 million;
- net turnover during each of the last two financial year amounts to at least SEK 350 million.

Accordingly, the Swedish rules apply not only to large undertakings which are public-interest entities exceeding on their balance sheet dates the criterion of the average number of 500 employees, but to **all undertakings that fall into the category large undertakings in Article 3 of Directive 2013/34/EU**.¹⁵³

As a result, Article 19 a is transposed in Sweden in a way that it **widens the scope of the undertakings** subject to the requirements on non-financial statement in the Directive. The rules apply equally to all other public interest entities such as credit institutions, securities companies and insurance companies, provided that they exceed the minimum thresholds in section 10 in chapter 6 in the Annual Accounts Act (which, as held above, correspond to the thresholds for large undertakings in Article 3 of Directive 2013/34/EU).¹⁵⁴

The Government believes that that extension of the scope will strengthen the Swedish companies' reputation and thereby their competitiveness. Linked to that overall argument, the Government puts forward that non-financial reporting increases the companies' awareness of sustainability and leads to a better use of resources, which often results in a reduction of the overall costs.¹⁵⁵ The Government also notes that the scope correspond to those applicable in Denmark and Norway.¹⁵⁶ According to estimations, about 1,600 undertakings are subject to the non-financial statements requirements.¹⁵⁷

6.1.2. Report on diversity policy

The Directive's requirements on **reporting of diversity policy** have been transposed into Swedish law through an amendment to section 6 in Chapter 6 of the Annual Accounts Act. The provision applies **only to listed companies** (i.e. companies whose transferable securities are admitted to trading on a regulated market) that fall within criteria of **large undertakings** in Article 3 of Directive 2013/34/EU. Accordingly, Sweden has used the option under Article 1(2) c of the Directive to exclude from the scope non-listed companies. Sweden has thus implemented the minimum requirements in the Directive concerning the report on diversity policy.

Considering that the scope is limited to listed companies, there are fewer entities subject to the reporting requirement on diversity policy than those subject to the non-financial statement requirement described above. According to estimations by the Government, it will apply to about 50 companies.¹⁵⁸ By referring to the fact that issues concerning diversity policy in relation to an undertaking's administrative, management and supervisory body generally are regulated in soft law instruments in Sweden, the legislator found that the limitation of the scope to listed companies was suitable.¹⁵⁹ In addition, companies of a certain size are already obliged to report certain diversity policies: namely the

¹⁵³ Section 10 in Chapter 6 in the Annual Accounts Act (*årsredovisningslagen (1995:1554)*).

¹⁵⁴ Section 1 in Chapter 6 in the Act (1995:1559) on Annual Accounts in Credit Institutions and Securities Companies (*Lag (1995:1559) om årsredovisning i kreditinstitut och värdepappersbolag*) and section 1 in Chapter 6 in Act on Annual Reports for Insurance Enterprises (*Lag (1995:1560) om årsredovisning i försäkringsföretag*).

¹⁵⁵ Government bill 2015:16:193 (*Regeringens proposition 2015:16 :193 – Företagens rapportering om hållbarhet och mångfaldspolicy*), p. 59.

¹⁵⁶ *Ibid*, p. 44.

¹⁵⁷ *Ibid*, p. 58. In the case Sweden would have opted for the minimum criteria in Directive 2014/95/EU, the scope would be limited to about 100 undertakings.

¹⁵⁸ *Ibid*, p. 59.

¹⁵⁹ *Ibid*, p. 56.

proportion in percentage of men and women that are members of the management bodies.¹⁶⁰ That reporting obligation applies to all companies exceeding at least two of the three following criteria: (1) 50 employees, (2) balance sheet SEK 40 million, (3) net turnover SEK 80 million.¹⁶¹

6.2. Way of Transposing the Directive

Sweden has transposed Directive 2014/95/EU primarily through the adoption of a law amending the **Annual Accounts Act** (*Lag (2016:947) om ändring i årsredovisningslagen (1995:1554)*). Minor amendments have been made to a number of other Acts, for example, the Act on Annual Reports for Insurance Enterprises (*Lag (1995:1560) om årsredovisning i försäkringsföretag*), the Act (1995:1559) on Annual Accounts in Credit Institutions and Securities Companies (*Lag (1995:1559) om årsredovisning i kreditinstitut och värdepappersbolag*) and the Companies Act (*Aktiebolagslag (2005:551)*), etc. The amendments to the Swedish law entered into force on 1 December 2016 and the new rules apply to the financial year starting after 31 December 2016.

6.3. Sanctions

The transposition into Swedish law of the reporting obligations in the Directive has **not entailed any new enforcement mechanisms**. Instead, existing sanctions for breach of the general reporting requirements continue to apply.¹⁶² They apply regardless of whether the non-financial reporting requirements are included in the annual report, supplemented to it or published on the company's website.¹⁶³

A company that fails to submit the comprehensive annual report (i.e. including the non-financial statement and the diversity report) within the prescribed time limits (within 7 months after the expiry of the financial year) to the competent authority must pay a **penalty fee**.¹⁶⁴ The fee is SEK 10,000 for public limited companies (*publika aktiebolag*) and SEK 5,000 for private limited companies (*privata aktiebolag*). If the company fails to submit the report within two months from the date of the notice of the penalty fee, additional fees are imposed.¹⁶⁵ In case of additional delay, the company may also be imposed a conditional fine, i.e. an order that the report must be submitted under penalty of a fine.¹⁶⁶ The decision to impose a fine is taken by the competent authority (Swedish Companies Registration Office - *Bolagsverket*) and may be appealed to an administrative court.¹⁶⁷

In the case the financial accounts have not been submitted within 15 months after the expiry of the financial year, the **members of the board of directors and managing directors are jointly and severally responsible** for the obligations incurred by the company.¹⁶⁸ Ultimately, a company that fails to submit the comprehensive annual report within 11 months following the expiry of the financial year can be

¹⁶⁰ Section 38 in Chapter 5 in the Annual Accounts Act.

¹⁶¹ Section 3 in Chapter 1 in the Annual Accounts Act.

¹⁶² Government bill 2015:16:193 (*Regeringens proposition 2015 :16 :193 – Företagens rapportering om hållbarhet och mångfaldspolicy*), p. 73, cf. also section 15a in Chapter 8 in the Annual Accounts Act.

¹⁶³ Government bill 2015:16:193 (*Regeringens proposition 2015 :16 :193 – Företagens rapportering om hållbarhet och mångfaldspolicy*), p. 49.

¹⁶⁴ Section 6 in Chapter 8 in the Annual Accounts Act.

¹⁶⁵ Ibid.

¹⁶⁶ Section 13 in Chapter 8 in the Annual Accounts Act.

¹⁶⁷ Section 1 in Chapter 10 in the Annual Accounts Act.

¹⁶⁸ Section 12 in Chapter 8 in the Annual Accounts Act.

forced into liquidation.¹⁶⁹ However, it is stated in the Government bill that the risk for liquidation because of omission to submit the report on non-financial statement is limited in practice.¹⁷⁰

6.4. Publication Modalities and Access

6.4.1. Non-financial Statement

The company can choose to either include the non-financial statement in the management report in the annual report, or publish it as a separate report. If it is published as a separate report, it must be made public jointly with the management report or be published on the company's website.¹⁷¹ Furthermore, the separate report must be submitted to the company's statutory auditor or audit firm at the same time as the submission of the annual report.¹⁷²

The non-financial statement, either as part of the management report or a separate report, shall be submitted to the competent authority, the Swedish Companies Registration Office (*Bolagsverket*). Following the registration of the authority, the **report is publically available** and can be accessed subject to a small fee (SEK 50).¹⁷³

If the report is published on the company's website, a reference to this must be made in the management report. Further, the publication must be made within 6 months after the expiry of the financial year.¹⁷⁴

6.4.2. Report on Diversity Policy

The report on diversity policy shall be included in the management report.¹⁷⁵ The rules on publication modalities and access that are applicable to the non-financial statement apply in the same way to the report on diversity policy in the management report (see section 5.3.1 above).

6.5. Modalities / Implementation of the "Comply or Explain" Mechanism

The "comply or explain" mechanism has been implemented in Swedish law in a way that corresponds closely to the wording of the Directive. The relevant provisions are section 12 in Chapter 6 of the Annual Accounts Act (non-financial statement) and in section 6 in the same Chapter (report on diversity policy).

The "comply or explain" mechanism has not been subject to much discussion in the Government bill nor in other related preparatory works. It has primarily been addressed in the framework of the assessment of the administrative costs that the new rules will entail for the Swedish companies. In that

¹⁶⁹ Section 11 in Chapter 25 in the Companies Act (*Aktiebolagslag (2005:551)*).

¹⁷⁰ Government bill 2015:16:193 (*Regeringens proposition 2015 :16 :193 – Företagens rapportering om hållbarhet och mångfaldspolicy*), p. 49.

¹⁷¹ Section 15a in Chapter 8 in the Annual Accounts Act. See also Government bill 2015:16:193 (*Regeringens proposition 2015 :16 :193 – Företagens rapportering om hållbarhet och mångfaldspolicy*), p. 49.

¹⁷² Section 11 in Chapter 6 in the Annual Accounts Act.

¹⁷³ <http://www.bolagsverket.se/be/sok/arsredovisning-1.4456> (11.01.2016).

¹⁷⁴ Section 15a in Chapter 8 in the Annual Accounts Act.

¹⁷⁵ Section 6 p. 9 in Chapter 6 in the Annual Accounts Act.

regard, the Government bill states that the “comply or explain” mechanism makes the costs more difficult to assess.¹⁷⁶

Section 13 in Chapter 6 in the Annual Accounts Act provides that disclosure of information about impending developments or matters in the course of negotiation may be withheld if the disclosure would, in the opinion of the directors, be seriously prejudicial to the commercial interests of the company, provided that such non-disclosure does not prevent a fair and balanced understanding of the company’s development, performance or position or the impact of the company’s activity. Accordingly, it implements the option to withhold information under certain circumstances laid down in Article 1(1) of the Directive. According to the Government bill, it cannot be ruled out that companies will use this option to avoid reporting certain information in order to circumvent the reporting requirements in the Directive. However, by referring to the fact that the withholding of information must be motivated and the existence of the obligation that the non-financial statement shall be fair and balanced, the Government believes that that risk is limited.¹⁷⁷

6.6. Other Measures

Directive 2014/95/EU has been transposed in to Swedish law in a way that the requirements apply to a wider scope of companies than provided for in the Directive (see section 5.1 above). As mentioned above (section 5.1.2), the Government believes that that extension of the scope will strengthen the Swedish companies’ reputation and thereby their competitiveness.¹⁷⁸

The requirement in Article 1(1) of the Directive that the company’s statutory auditor or audit firm checks whether the **non-financial statement** has been provided is transposed in to Swedish law primarily in section 14 in Chapter 6 of the Annual Accounts Act. The Swedish legislation corresponds closely to the wording in the Directive and accordingly does not contain any stricter requirements than the obligation to report on the mere existence of the non-financial statement. Also the wording in section 12 of Chapter 6 of the Annual Accounts Act concerning the requirements as to the **content of** the non-financial statement corresponds closely to the wording in the Directive.

7. Transposition aux Pays-Bas

La transposition de la directive 2014/95/UE est actuellement **en cours** au Royaume des Pays-Bas. En effet, une loi, datant du 28 septembre 2016, a été adoptée en vue de modifier le Livre II du Code civil néerlandais (ci-après également : « BW »), aux fins de transposer la directive 2014/95 du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2014 modifiant la directive 2013/34/UE en ce qui concerne la publication d'informations non financières et d'informations relatives à la diversité par certaines

¹⁷⁶ Government bill 2015:16:193 (*Regeringens proposition 2015 :16 :193 – Företagens rapportering om hållbarhet och mångfaldspolicy*), p. 58.

¹⁷⁷ Government bill 2015:16:193 (*Regeringens proposition 2015 :16 :193 – Företagens rapportering om hållbarhet och mångfaldspolicy*), p. 47.

¹⁷⁸ In the Government bill 2015:16:193 (*Regeringens proposition 2015 :16 :193 – Företagens rapportering om hållbarhet och mångfaldspolicy*), p. 58, the Government notes that many Swedish companies already report on non-financial matters. According to a survey, more than 300 larger companies disclose non-financial information to a lesser or greater extent and all state-owned companies disclose such information using the GRI Sustainability Reporting Standards.

grandes entreprises et certains groupes présentant de l'intérêt pour l'EEE (ci-après la « Directive »)¹⁷⁹. L'article 391 nouveau du livre II du code civil néerlandais est ainsi entré en vigueur le 6 décembre 2016 et est applicable pour les rapports de gestion concernant les exercices comptables ayant débuté le 1^{er} janvier 2017 ou après.

Cette disposition s'accompagne d'un dispositif détaillé de mise en œuvre de la **publication des informations non financières**. Ce dispositif s'opère dans le cadre d'un arrêté royal (« *Besluit bekendmaking niet-financiële informatie* », ci-après « Arrêté ») adopté le 14 mars 2017¹⁸⁰ et entré en vigueur le lendemain de sa publication au Journal Officiel le 23 mars 2017. Il est applicable aux rapports de gestion relatifs aux exercices comptables qui ont commencé le 1^{er} janvier 2017 ou après.

En ce qui concerne le volet des informations relatives à la **politique de diversité**, tel que visé par la Directive, un arrêté a été adopté (« *Besluit bekendmaking diversiteitsbeleid* », ci-après « Arrêté diversité ») et est entré en vigueur suite à sa publication au Journal Officiel le 30 décembre 2016¹⁸¹. Il est applicable aux rapports de gestion relatifs aux exercices comptables qui ont commencé le 1^{er} janvier 2017 ou après.

7.1. Champ d'application

7.1.1. Informations non financières

Conformément à l'article 19bis de la directive 2013/34/UE tel qu'inséré par la Directive, l'obligation de publier des **informations non financières** concerne, en vertu de l'article 1er de l'Arrêté, les personnes morales qui servent en tant qu'**organisations d'intérêt public**¹⁸², si le nombre moyen de ses employés

¹⁷⁹ Wet van 28 september 2016, houdende wijziging van Boek 2 van het Burgerlijk Wetboek ter uitvoering van Richtlijn 2014/95/EU van het Europees Parlement en de Raad van 22 oktober 2014 tot wijziging van richtlijn 2013/34/EU met betrekking tot de bekendmaking van niet-financiële informatie en informatie inzake diversiteit door bepaalde grote ondernemingen en groepen (PbEU 2014, L 330), Staatsblad 2016, 352, 07.10.2016.

¹⁸⁰ Besluit van 14 maart 2017, houdende regels ter uitvoering van Richtlijn 2014/95/EU van het Europees Parlement en de Raad van 22 oktober 2014 tot wijziging van richtlijn 2013/34/EU met betrekking tot de bekendmaking van niet-financiële informatie en informatie inzake diversiteit door bepaalde grote ondernemingen en groepen (PbEU 2014, L 330) (Besluit bekendmaking niet-financiële informatie), Staatsblad 2017, nr. 100, 23.03.2017.

¹⁸¹ Besluit van 22 december 2016 tot wijziging van het Besluit van 23 december 2004 tot vaststelling van nadere voorschriften omtrent de inhoud van het jaarverslag (Stb. 2004, 747) ter uitvoering van richtlijn 2014/95/EU van het Europees Parlement en van de Raad van 22 oktober 2014 tot wijziging van richtlijn 2013/34/EU met betrekking tot de bekendmaking van niet-financiële informatie en informatie inzake diversiteit door bepaalde grote ondernemingen en groepen (PbEU 2014, L 330) (Besluit bekendmaking diversiteitsbeleid), Staatsblad 2016, nr. 559, 30.12.2016.

¹⁸² D'après l'art. 1^{er} de l'Arrêté qui renvoie à l'art. 2:398 al. 7 BW, ces personnes morales sont essentiellement les sociétés cotées, les banques et les assurances, soit celles qui :

«(...)

- a. Détiennent des titres autorisés sur un marché réglementé d'un Etat membre de l'Union européenne au sens de l'article 4, al. 1^{er}, point 14 de la directive 2004/39/CE du Parlement européen et du conseil du 21 avril 2004 concernant les marchés d'instruments financiers (JO 30.04.2004, L 145) ;
- b. Qualifient en tant qu'établissement de crédit au sens de l'article 3, point 1, de la Directive 2013/36/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 juin 2013 concernant l'accès à l'activité des établissements de crédit et la surveillance prudentielle des établissements de crédit et des entreprises d'investissement, modifiant la directive 2002/87/CE et abrogeant les directives 2006/48/CE et 2006/49/CE présentant de l'intérêt pour l'EEE (JO 27.06.2013, L 176) ;

sur l'année comptable dépasse 500 et si la personne morale n'a pas satisfait, pendant deux exercices comptables et sans interruption ensuite sur deux exercices comptables, à au moins une des exigences prévues à l'art. 2 : 397 al. 1^{er}, para. a et b BW, c'est-à-dire un total de balance comptable de 20 millions d'euros au plus et/ou un chiffre d'affaire net de 40 millions d'euros au plus.

En outre, conformément à l'article 19bis para. 3 de la directive 2013/34/UE tel qu'inséré par la Directive, les personnes morales dont les données financières sont reprises dans les **comptes annuels consolidés** d'une autre personne morale qui, elle, procède à la publication des informations non financières dans le cadre de son rapport annuel, sont **dispensées** de l'obligation de publication des informations non financières¹⁸³.

7.1.2. Politique de diversité

En ce qui concerne les informations relatives à la **politique de diversité**, l'Arrêté diversité¹⁸⁴ prévoit que l'obligation de faire une déclaration à ce propos pèse uniquement sur les **entreprises cotées en bourse** qui sont qualifiées par la loi de **grandes entreprises**, c'est-à-dire une société qui ne remplit pas deux des trois critères prévus par l'art. 397, al. 1^{er} du livre II BW. Ainsi, une entreprise cotée en bourse sera tenue de faire une déclaration concernant sa politique de diversité dès qu'elle atteint deux des seuils suivants : un total de balance de plus de 20 millions d'euros, un chiffre d'affaire net de plus de 40 millions d'euros ; un nombre d'employés moyen sur l'exercice comptable de plus de 250. Aux Pays-Bas, ces seuils sont calculés sur une base consolidée (art. 2 : 397, al. 2 BW).

Enfin, les **sociétés qui n'ont émis que des titres autres que des actions** admises à la négociation sur un marché réglementé, sont exemptées de fournir l'information relative en particulier à la politique de diversité, à moins que ces entreprises n'aient émis des actions négociées dans le cadre d'un système multilatéral de négociation (plateforme de commerce alternatif). Ce faisant, le législateur a fait usage de l'option qui lui était laissée au terme de l'art. 20 par. 4 de la directive 2013/34/UE tel que modifié par la Directive.

7.2. Mode de transposition

Comme indiqué à la section 1 ci-dessus, la transposition de la Directive est intervenue par le biais, tout d'abord, de la modification de l'article 391 du livre II du **code civil néerlandais** relatif au rapport de gestion. Ainsi, l'article 391, para. 5 du code civil néerlandais prévoit désormais, parmi les exigences additionnelles relatives au contenu des rapports annuels pouvant être imposées, une déclaration non-financière telle que visée par la directive 2013/34/UE modifiée par la Directive.

Ensuite, le dispositif détaillé relatif à la publication des informations non financières est mis en place dans le cadre d'un **arrêté royal relatif à la publication des informations non financières** adopté le 14 mars 2017¹⁸⁵. Le dispositif relatif à la publication des informations relatives à la diversité est détaillé

c. Qualifient en tant qu'entreprise d'assurance au sens de l'article 2, al. 1er de la Directive 91/674/CEE du Conseil, concernant les comptes annuels et les comptes consolidés des entreprises d'assurance (JO, 31.12.1991, L374).

d. Qui, par mesure générale d'administration, sont désignées en raison de leur ampleur ou fonction dans la société civile. » (Traduction par l'ISDC).

¹⁸³ Besluit bekendmaking niet-financiële informatie, art. 1er.

¹⁸⁴ Besluit bekendmaking diversiteitsbeleid, art. 1 A.

¹⁸⁵ Besluit bekendmaking niet-financiële informatie, op. cit.

dans le cadre d'un autre **arrêté royal, relatif à la publication de la politique de diversité** adopté en date du 22 décembre 2016¹⁸⁶.

Il a été décidé de procéder à la transposition de la Directive dans deux arrêtés royaux séparés, parce que la publication des informations relatives à la politique de diversité représente un complément à la déclaration relative à la gouvernance de société que les entreprises cotées en bourse sont déjà tenues d'établir, alors que la publication des informations non financières requiert une nouvelle déclaration dans le rapport de gestion et touche un plus grand groupe d'entreprises¹⁸⁷.

7.3. Sanctions

La transposition de la Directive ne s'est pas accompagnée de la mise en place de sanctions spécifiques pour le non-respect de l'obligation de publier des informations non-financières ou des informations relatives à la politique de diversité. Ce sont dès lors les **sanctions d'ordre général** qui s'appliquent en la matière.

Tout d'abord, le **dépôt tardif des comptes annuels** est désigné par la loi comme un **délit économique**, sanctionné par une **amende** de 4^{ème} catégorie, soit d'un montant maximal de 19.500 euros, d'une peine de **travaux d'intérêt général** ainsi que d'une **détention** de 6 mois au plus (art. 1^{er}, 4^o et art. 6¹⁸⁸). Strictement parlant, ces sanctions concernent le dépôt tardif ou l'absence de dépôt des comptes annuels (art. 2 : 394 par. 3) et non du rapport annuel de gestion qui l'accompagne et qui contient la déclaration des informations non financières¹⁸⁹. Ceci dit, au terme de l'art. 2 :394 al. 4 BW, le rapport annuel de gestion est publié dans les mêmes délais et de la même manière que les comptes annuels de la société. Il semble dès lors raisonnable de conclure qu'en principe, **l'absence ou le dépôt tardif du rapport de gestion -- et donc de la déclaration des informations non financières -- est puni selon les mêmes règles que le dépôt tardif des comptes annuels**. L'art. 2 :394 al. 4 BW prévoit toutefois que les règles relatives à la publication du **rapport annuel de gestion** ne sont pas applicables si celui-ci est **mis à la disposition de tout un chacun au bureau de la société et que toute personne peut en obtenir un extrait** complet ou partiel, contre un prix ne dépassant pas le coût de sa production, et **pour autant que la société a déclaré faire usage de cette possibilité auprès du registre de commerce** aux fins de son inscription. Ainsi, la déclaration des informations non financières, faisant partie intégrante du rapport annuel de gestion, est soit, publiée en même temps que les comptes annuels, soit mise à la disposition de toute personne intéressée qui peut en recevoir copie. **La loi ne précise pas les sanctions applicables en cas de défaut de la mise à disposition du public du rapport annuel de gestion**. Il semble logique de considérer que les sanctions relatives à l'absence de dépôt des comptes annuels, tels que présentées ci-dessus, seraient applicables dans cette hypothèse.

Par ailleurs, il convient de rappeler que **le comptable** chargé de vérifier le contenu du rapport de gestion à la lumière des comptes annuels de la société, est tenu de relever les informations éventuellement manquantes du dit rapport afin que l'assemblée générale puisse rappeler le conseil d'administration à son obligation (art. 2 :393 al. 5 BW). La loi ne prévoit pas de sanction en cas de

¹⁸⁶ Besluit bekendmaking diversiteitsbeleid.

¹⁸⁷ Besluit bekendmaking diversiteitsbeleid, *op. cit.*, Nota van Toelichting.

¹⁸⁸ *Wet van 22 juni 1950, houdende vaststelling van regelen voor de opsporing, de vervolging en de berechting van economische delicten*, ainsi que ses modifications successives, désignée "*Wet op de economische delicten*", disponible dans sa version la plus récente sur: <http://wetten.overheid.nl/BWBR0002063/2017-01-01> (10.02.2017).

¹⁸⁹ D'après l'art. 2 de l'Arrêté, la déclaration des informations non financières fait partie intégrante du rapport annuel de gestion.

défaut de la part du comptable. Il semble raisonnable de considérer que la responsabilité professionnelle de la personne agissant dans cette qualité pourra être engagée.

De plus, si le rapport de gestion devait ne pas mentionner toutes les informations requises par la loi en application du Titre 9 du livre II du code civil néerlandais— en particulier, les informations non financières et relatives à la politique de diversité— toute personne démontrant d'un intérêt peut solliciter auprès de la Chambre de Commerce (« *Ondernemingskamer* ») de la Cour d'Amsterdam que **la société concernée soit tenue de compléter son rapport de gestion** avec les indications manquantes. (art. 2 : 447-448 BW) Le demandeur doit démontrer de son intérêt à agir : ce sera le cas pour un actionnaire de la société, mais aussi sous certaines conditions pour une ONG.¹⁹⁰

En outre, les **administrateurs d'une société sont solidairement responsables vis-à-vis des tiers** pour les dommages que ceux-ci auraient souffert du fait de la présentation trompeuse donnée dans les comptes annuels ou le rapport de gestion sur la situation de la personne morale (art. 2 :139 et 249 BW). Dans le cadre de cette procédure, il reviendra à la personne tierce de démontrer que la présentation est trompeuse, le dommage subi ainsi que le lien causal entre cette présentation et le dommage subi.

Enfin, si un actionnaire estime avoir subi un dommage du fait d'une mauvaise décision d'achat ou d'investissement due exclusivement à la déclaration trompeuse des informations non financières, il pourra solliciter l'indemnisation de son préjudice auprès du juge. Les règles générales en matière de **responsabilité pour le fait d'autrui** s'appliquent (art. 6 : 162 BW). Il conviendra ainsi de démontrer le fait que l'information publiée est incorrecte, le dommage subi et le fait qu'il y a un lien causal entre l'information incorrecte et le dommage subi.

7.4. Mode d'accès et publication

7.4.1. Informations non financières

Conformément à l'art. 2 para. 1^{er} de l'Arrêté, les informations non financières sont comprises dans le rapport annuel de gestion de la société. Or, en application de l'art. 394 al. 4 du livre II du code civil néerlandais, **le rapport annuel de gestion est publié dans les mêmes délais et de la même manière que les comptes annuels de la société**. Ainsi, il est **déposé** en même temps que les comptes annuels auxquels il se rapporte, en version complète en **néerlandais**, ou si une telle version n'existe pas, en **français, allemand ou anglais, auprès du registre de commerce** (art. 2 : 394, al. 1^{er} BW). La date d'adoption et de publication est mentionnée.

En outre, si les comptes annuels n'ont pas été déposés dans un délai de deux mois à compter de la date à laquelle ils auraient dû être dressés conformément à la loi, le conseil d'administration doit, sans délai, publier les comptes annuels tels que préparés de la façon susmentionnée, en mentionnant que ceux-ci n'ont pas encore été adoptés (art. 2 : 394, al. 2). Les comptes annuels d'une personne morale doivent en toute hypothèse être publiés conformément à la loi **dans un délai de 12 mois à compter de la clôture de l'exercice social** concerné (art. 2 : 394 al. 3).

L'art. 2 :394 al. 4 BW prévoit toutefois que, en lieu et place d'une publication en même temps et aux mêmes conditions que les comptes annuels, le rapport annuel de gestion contenant les informations non financières peut également être **mis à la disposition du public auprès bureau de la société**, toute personne pouvant alors en obtenir un extrait complet ou partiel, contre un prix ne dépassant pas le coût de sa production, et ce, pour autant que la société ait déclaré faire usage de cette possibilité auprès du registre de commerce aux fins de son inscription.

¹⁹⁰ Voir à ce sujet : HR, 26 juin 1985, NJ, 1986, 307.

Ainsi, la **déclaration des informations non financières**, faisant partie intégrante du rapport annuel de gestion, **est soit, publiée en même temps que les comptes annuels, soit mise à la disposition de toute personne intéressée qui peut en recevoir copie pour autant que la société ait déclaré, auprès du registre du commerce, faire usage de cette opportunité.**

7.4.2. Politique de diversité

L'Arrêté diversité a modifié l'arrêté du 23 décembre 2004 fixant les exigences concernant le contenu du rapport de gestion annuel¹⁹¹ qui prévoit aussi le mode de publication des informations dudit rapport.

Cet arrêté prévoit ainsi que la publication des informations relatives à la politique de diversité peut se faire de deux manières : soit, dans le cadre de la publication du **rapport annuel de gestion**, en tant que section de ce rapport ou en annexe de celui-ci ; soit par la **voie électronique** étant donné que l'information doit être accessible **directement et en permanence**, et ce pour autant que **le rapport annuel de gestion indique où l'information est publiée** par la voie électronique (art. 2a).

Comme exposé en ce qui concerne les informations non financières, le rapport de gestion est publié de la même façon que les comptes annuels.

7.5. Aménagement de la règle « comply-or-explain »

La règle prévue à l'art. 19bis para. 1^{er} al. 2 de la directive 2013/34/UE tel qu'inséré par la Directive est reprise mot pour mot à l'art. 3 par. 2 de l'Arrêté. Une règle similaire est insérée par le biais de l'Arrêté diversité dans l'arrêté royal fixant le contenu du rapport annuel, et ce, conformément à l'art. 1 par. 2 de la Directive ayant modifié l'art. 20 par. 1^{er} g) de la directive 2013/34/UE.

7.6. Mesures additionnelles

7.6.1. Informations non financières

En ce qui concerne le contrôle du rapport de gestion comprenant les informations non financières, l'Arrêté a choisi de suivre une voie médiane entre la possibilité, laissée par la directive, de charger le contrôleur légal des comptes ou le cabinet d'audit de vérifier uniquement que la déclaration non financière a bien été fournie, et l'option laissée aux Etats Membres d'exiger que lesdites informations soient vérifiées par un prestataire de services d'assurance indépendant. Ainsi, l'Arrêté prévoit, en son article 5 que **le comptable doit soumettre le rapport de gestion au même examen et contrôle que les comptes annuels** auxquels il se rapporte. Ainsi, le comptable devra vérifier si le rapport de gestion, en ce compris les informations non financières, a été établi conformément aux dispositions de l'Arrêté et s'il est conforme aux comptes annuels. Il devra en outre examiner si, à la lumière de sa compréhension de l'entreprise et de son environnement telle que résultant de son contrôle, le rapport de gestion comprend des inexactitudes avec indication des raisons de ces inexactitudes. Cette solution dans la transposition présente le double avantage, selon les travaux préparatoires, d'assurer plus de sécurité en ce qui concerne la déclaration des informations non financières et d'éviter l'imposition aux sociétés concernées des coûts de contrôle importants¹⁹².

¹⁹¹ Besluit van 23 december 2004 tot vaststelling van nadere voorschriften omtrent de inhoud van het jaarverslag, Staatsblad 2004, 747.

¹⁹² Besluit bekendmaking niet-financiële informatie, *op.cit.*, Nota van Toelichting.

De plus, l'article 3 par. 4 de l'Arrêté fait usage de la possibilité laissée aux Etats Membres par l'art. 19bis par. 1^{er} al. 4 de la directive 2013/34/UE telle qu'inséré par la Directive, de permettre à certaines sociétés de ne pas publier certaines informations non financières lorsque celles-ci concernent des **évolutions imminentes ou des affaires en cours de négociation** dans des cas exceptionnels où la communication de ces informations nuirait gravement à la position commerciale de l'entreprise, à condition que cette omission ne fasse pas obstacle à une compréhension juste et équilibrée de l'évolution des affaires, des performances, de la situation de l'entreprise et des incidences de son activité.

Enfin, le législateur a choisi de **ne pas faire usage de la possibilité d'exempter les sociétés de publier les informations non financières lorsqu'elles publient déjà ces informations au sein d'un autre rapport**. Cette option est prévue par l'art. 19bis par. 4 de la directive 2013/34/UE tel qu'inséré par la Directive.

7.6.2. Politique de diversité

Le **code de corporate governance néerlandais** prévoit déjà des **règles en vue de promouvoir la diversité au sein des entreprises cotées en bourse**. Ainsi, le principe III.3 promeut une composition mixte du conseil des commissaires, en particulier en ce qui concerne le sexe et l'âge. En application du *best practice* principe III.3.1, le conseil des commissaires doit ainsi dresser le profil de sa composition et de sa dimension, en tenant compte de la nature de l'entreprise, ses activités ainsi que l'expertise et la formation souhaitées des commissaires¹⁹³. Ledit profil fait état des objectifs concertés en matière de diversité.

Avec l'entrée en vigueur de l'arrêté royal sur la publication de la politique de diversité, ces règles se trouvent partiellement privées d'utilisation. Il existe toutefois des différences entre les règles du *corporate governance* code et celles qui découlent de la Directive : les règles sur la politique de diversité issues du code ne s'appliquent qu'au conseil des commissaires alors que celles de la Directive concernent aussi l'administration de la société. Les règles en la matière issues de la Directive concernent uniquement les grandes entreprises cotées en bourses, alors que celles du code concernant aussi les petites et moyennes entreprises cotées. Enfin, les règles du code disposent que l'entreprise doit publier le profil en matière de diversité directement sur son site internet, alors que selon la directive, l'information doit être publiée dans le rapport annuel de gestion. Au vu de ces différences, une transposition des règles de la directive s'est avérée nécessaire, à défaut de la possibilité de se référer aux dispositions du code de *corporate governance*. Toutefois, **les règles du code restent d'utilité pour les entreprises cotées de taille petite et moyenne**.

Une **nouvelle version du code de corporate governance** a été adoptée récemment et doit encore trouver son ancrage dans la législation néerlandaise. Cette nouvelle version¹⁹⁴ va plus loin que la Directive puisque, au terme des principes 2.1.5 et 2.1.6, les entreprises définissent la politique de diversité au sein du conseil des commissaires, du conseil d'administration de la société et le *executive committee* le cas échéant ; en outre, ils doivent indiquer quelles mesures ont été ou seront mises en œuvre pour atteindre les objectifs de diversité si ceux-ci ne sont pas atteints et dans quels délais.

Enfin, le législateur a fait usage de l'option qui lui était laissée au terme de l'art. 20 par. 4 de la directive 2013/34/UE tel que modifié par la Directive, d'**exempter les sociétés qui n'ont émis que des titres**

¹⁹³ De Nederlandse corporate governance code, *Beginselen van deugdelijk ondernemingsbestuur en best practice bepalingen*, 2008, disponible en anglais sous : <http://www.commissiecorporategovernance.nl/download/?id=606>

¹⁹⁴ De Nederlandse corporate governance code, 8 december 2016, disponible en anglais sous : <http://www.commissiecorporategovernance.nl/download/?id=3367>

autres que des actions admises à la négociation sur un marché réglementé, de fournir l'information relative en particulier à la politique de diversité, à moins que ces entreprises n'aient émis des actions négociées dans le cadre d'un système multilatéral de négociation (plateforme de commerce alternatif).

8. Transposition in Finland¹⁹⁵

Finland has transposed the Directive 2014/95/EU through the adoption of a law amending the **Finnish Accounting Act** (Sw: *Bokföringslag 1997/1336*).¹⁹⁶ Minor amendments have also been made to the Securities Markets Act (Sw: *Värdepappersmarknadslag 2012/746*) and to the Decree 20.12.2012/1020 from the Ministry of Finance concerning information obligations of security issuers.¹⁹⁷ The new legislation entered in to force on 6 December 2016 and the new rules apply to the financial year starting 1 January 2017.¹⁹⁸

8.1. Scope

Under Finnish law, the undertakings subject to the requirements of **non-financial statements** are large undertakings which are public-interest entities exceeding the criterion of the average number of 500 employees during the financial year.¹⁹⁹ The requirements concerning the reporting on **diversity policy** apply to companies of a certain size and whose transferable securities are admitted to trading on a regulated market.²⁰⁰ The thresholds determining which companies that fall within the scope of the provision correspond to the definition of large undertakings in Article 3 in Directive 2013/34/EU.²⁰¹

8.2. Way of Transposing the Directive

The Directive's requirements concerning **non-financial statement** (the new Article 19a in Directive 2013/34/EU) have been transposed through the adoption of a new chapter (Chapter 3 a) in the Accounting Act. Finland has chosen not to adopt stricter requirements than the minimum requirements laid down in the Directive and the wording of the **Finnish law corresponds closely to the wording of the Directive**.

¹⁹⁵ The research for this report is limited to sources in Swedish. All official documents in Finland are translated into Swedish as it has the status of a recognized minority language. The legal doctrine and other "non-official commentary" are however mostly in Finnish.

¹⁹⁶ Lag om ändring i bokföringslagen 2016/1376.

¹⁹⁷ Sw: 20.12.2012/1020 Finansministeriets förordning om regelbunden informationsskyldighet för värdepappersemitterter, section 7(4).

¹⁹⁸ Government bill RP 208/2016 rd – *Regeringens proposition till riksdagen med förslag till lagar om ändring av bokföringslagen och av visa lagar som har samband med den*, p. 20 and 21.

¹⁹⁹ Section 1 in chapter 3 a in the Finnish Accounting Act (Sw: *Bokföringslag 1997/1336*). The definition of large undertakings in section 4 c in chapter 1 the same Act is identical to the definition in Article 3 in Directive 2013/34/EU: undertakings which on their balance sheet dates exceed at least two of the three following criteria: (a) balance sheet total: EUR 20 000 000; (b) net turnover: EUR 40 000 000; (c) average number of employees during the financial year: 250.

²⁰⁰ Section 7(4) in the Decree 20.12.2012/1020 from the Ministry of Finance concerning information obligations of security issuers (Sw: *20.12.2012/1020 Finansministeriets förordning om regelbunden informationsskyldighet för värdepappersemitterter*).

²⁰¹ I.e. undertakings which on their balance sheet dates exceed at least two of the three following criteria: (a) balance sheet total: EUR 20 000 000; (b) net turnover: EUR 40 000 000; (c) average number of employees during the financial year: 250.

The Finnish rules on **reporting on diversity policy** have not been implemented in the form of a legislative act, but in a decree from the Ministry of Finance concerning information obligations of security issuers.²⁰² The requirements laid down in the decree correspond to the minimum requirements in the Directive and the wording is essentially identical to that of the Directive.²⁰³ The legal basis for this delegation of power to the Ministry of Finance is laid down in section 17 in chapter 7 of the Securities Market Act.

According to estimations, around 100 companies are subject to the requirements in the Directive. A large number of those companies already report on non-financial information.²⁰⁴

8.3. Sanctions

The transposition into Finnish law of the reporting obligations in the Directive have **not lead to any new enforcement mechanisms**.²⁰⁵ Instead, existing sanctions for breach of the general reporting requirements continue to apply.

Companies that are subject to the requirements in the Securities Market Act (i.e. companies whose transferable securities are admitted to trading on a regulated market), can be sanctioned in accordance with the provisions on administrative sanctions laid down in Chapter 15 of that Act. According to its first provision, the Financial Supervisory Authority (Sw: *Finansinspektionen*) can **impose a fee** (Sw: *ordningsavgift*) on a company failing to duly submit mandatory information, including the non-financial statement, to the competent authority.²⁰⁶ A fee can also be imposed in accordance with section 2 in chapter 15 (Sw: *påföljdsavgift*) in the same Act, in the case the company fails to make publically available mandatory information, including the non-financial statement.²⁰⁷

Violations of certain obligations in the Accounting Act are punishable under section 4 in chapter 8 in that Act. It provides, inter alia, that a person that intentionally, or because of gross negligence, fails to submit the annual financial statement and the management report (Sw: *verksamhetsberättelsen*) is liable for an **accounting offence** and must **pay a fine**. However, if the offence is considered minor, there is no penalty imposed.²⁰⁸

8.4. Publication Modalities and Access

Section 5 in chapter 3 a in the Accounting Act provides that a company can chose to either include the non-financial statement in the management report (Sw: *verksamhetsberättelsen*) or publish it as a separate report. The separate report must be published **at the same time** as the management report or be published on the **company's website** within 6 months after the balance sheet date. A reference

²⁰² Sw: 20.12.2012/1020 Finansministeriets förordning om regelbunden informationskyldighet för värdepappersemitterter, section 7(4).

²⁰³ Cf. Section 7 (4) in the Decree and Article 20(1) g in Directive 2013/34EU.

²⁰⁴ Government bill RP 208/2016 rd – *Regeringens proposition till riksdagen med förslag till lagar om ändring av bokföringslagen och av visa lagar som har samband med den*, p. 7.

²⁰⁵ Government bill RP 208/2016 rd – *Regeringens proposition till riksdagen med förslag till lagar om ändring av bokföringslagen och av visa lagar som har samband med den*.

²⁰⁶ Cf. Section 1 p. 4 in chapter 15 in the Securities Markets Act (Sw: *Värdepappersmarknadslag 2012/746*) and to provisions referred to therein.

²⁰⁷ Cf. Section 2 p. 3 in chapter 15 in the Securities Markets Act (Sw: *Värdepappersmarknadslag 2012/746*) and to provisions referred to therein, in particular section 3 p. 1 in chapter 10 in the same Act.

²⁰⁸ Section 4 in chapter 8 in the Finnish Accounting Act (Sw: *Bokföringslag 1997/1336*).

to the separate report must be given in the management report. The same requirements apply for the reporting on the diversity policy.²⁰⁹ Accordingly, the Finnish rules on publication correspond to the minimum requirements in the Directive.²¹⁰

The management report shall be submitted to the Finnish Patent and Registration Office (*patent- och registerstyrelsen*) and it is thereafter **publicly available**.²¹¹ The Authority charges a small fee for the access to the reports.²¹²

8.5. Modalities / Implementation of the “Comply or Explain” Mechanism

The “comply or explain” mechanism has been transposed in to Finnish law in section 2 in chapter 3 a in the Accounting Act (concerning the non-financial statement) and in section 7 in the decree concerning information obligations of security issuers from the Ministry of Finance (concerning the diversity report). It was transposed in a way that the wording is essentially identical to the wording of the Directive.

8.6. Other Measures

To our knowledge, there are no other legislative measures adopted concerning non-financial reporting requirements. It may be mentioned that prior to the transposition of the Directive, reporting on non-financial information was not mandatory, with the exception of certain requirements in the Accounting Act relating to environmental and employee matters.²¹³ Those requirements are limited to the duty of reporting on non-financial indicators on personnel and environmental impacts when this is necessary in order to understand the description in the management report of the company’s (1) development of operations and profitability, (2) financial position and (3) the most significant risks and uncertainties.²¹⁴

As regards voluntary measures, the integration of sustainability issues in company accounting and reporting practices has been facilitated through the Sustainability Reporting Award Finland. This competition offers Finnish businesses and other organisations an opportunity to enhance their reputation concerning their commitment to corporate responsibility. In a study mandated by the European Commission which analysis Member States’ measures to support businesses in improving their resource efficiency, the competition is described as being a successful instrument, as an improved quality of the reports has been achieved and the number of participating companies has increased.²¹⁵

²⁰⁹ Section 7 in the ministerial decree 20.12.2012/1020 *Finansministeriets förordning om regelbunden informationsskyldighet för värdepappersemitterter* referring to section 7 in chapter 7 in the Securities Markets Act (Sw: *Värdepappersmarknadslag 2012/746*).

²¹⁰ ERHVERVSSTYRELSEN, Implementation in Denmark of EU Directive 2014/95/EU on the disclosure of non-financial information, p. 11, available at <http://csrgov.dk/file/557863/implementation-of-eu-directive.pdf> (02.10.2016).

²¹¹ Section 9 and 10 in chapter 3 in the Accounting Act.

²¹² The price list for the Authority’s information service is available at <https://virre.prh.fi/novus/priceList?userLang=sv&execution=e8s1> (14.02.2017).

²¹³ Government bill RP 208/2016 rd – *Regeringens proposition till riksdagen med förslag till lagar om ändring av bokföringslagen och av visa lagar som har samband med den*, p. 4.

²¹⁴ Section 1 a in chapter 3 in the Accounting Act.

²¹⁵ European Commission, A framework for Member States to support business in improving its resource efficiency - An Analysis of support measures applied in the EU-28 - Measure synthesis Improving company accounting and reporting practices, p. 42.

9. Umsetzung in Österreich

In Österreich wurde die Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 (CSR-Richtlinie)²¹⁶ umgesetzt durch das **Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG)**.²¹⁷

Die Regierungsvorlage wurde am 15. Dezember 2016 vom Nationalrat beschlossen und sodann am 17. Januar 2017 im Bundesgesetzblatt kundgemacht. Die neuen Verpflichtungen **traten bereits rückwirkend zum 6. Dezember 2016 in Kraft**, sind jedoch **erstmalig auf Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2016 beginnen**,²¹⁸ um den betroffenen Unternehmen Zeit für entsprechende strukturelle und organisatorische Massnahmen zu geben.²¹⁹ Die Regelungen entsprechen den Forderungen der Richtlinie und machen von den dort vorgesehenen **Mitgliedstaatenoptionen zugunsten der Unternehmen** grösstenteils Gebrauch.

9.1. Anwendungsbereich

Die neuen nichtfinanziellen Berichtspflichten im Lagebericht richten sich an **grosse**²²⁰ **Kapitalgesellschaften**, die **Unternehmen von öffentlichem Interesse** sind und an den Abschlussichtragen das Kriterium erfüllen, im Jahresdurchschnitt **mehr als 500 Arbeitnehmende**²²¹ zu beschäftigen.²²²

Unternehmen von öffentlichem Interesse sind **börsennotierte Unternehmen**,²²³ **Kreditinstitute** in Form der Kapitalgesellschaft,²²⁴ **Versicherungsunternehmen** in Form der Kapitalgesellschaft²²⁵ und

²¹⁶ Richtlinie 2014/95/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte grosse Unternehmen und Gruppen, verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014L0095&from=DE> (25.01.2017).

²¹⁷ Bundesgesetzblatt (BGBl.) I Nr. 20/2017, Bundesgesetz, mit dem zur Verbesserung der Nachhaltigkeits- und Diversitätsberichterstattung das Unternehmensgesetzbuch, das Aktiengesetz und das GmbH-Gesetz geändert werden (Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz, NaDiVeG) verfügbar unter: http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=BgblAuth&Dokumentnummer=BGBLA_2017_I_20 (25.01.2017).

²¹⁸ Vergleiche § 906 Abs. 44 und 45 Unternehmensgesetzbuch (UGB); § 262 Abs. 37 Aktiengesetz (AktG); § 127 Abs. 21 Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH-Gesetz, GmbHG).

²¹⁹ Erläuterungen zum Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG), S. 6 (Zu Z 19 b – § 906 Abs. 43 und 44), verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=RegV&Dokumentnummer=REGV_COO_2026_100_2_1297357 (15.02.2017).

²²⁰ § 221 Abs. 3 S. 2 Unternehmensgesetzbuch (UGB): Ein Unternehmen von öffentlichem Interesse gilt stets als grosse Kapitalgesellschaft.

²²¹ Der Durchschnitt der Arbeitnehmeranzahl bestimmt sich nach der Arbeitnehmeranzahl an den jeweiligen Monatsletzen innerhalb des Geschäftsjahrs, § 221 Abs. 6 Unternehmensgesetzbuch (UGB).
²²² § 243b Abs. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²²³ Unternehmen deren übertragbare Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt eines EU-Mitgliedstaates gemäss Art. 4 Abs. 1 Nr. 21 der Richtlinie 2014/65/EU zugelassen sind.

²²⁴ Mit Ausnahme von Zentralbanken, Postgiroämtern, Unternehmen, die als gemeinnützige Bauvereine anerkannt sind, und der Österreichischen Kontrollbank AG, vergleiche Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sowie Art. 2 Abs. 5 der Richtlinie 2013/36/EU.

²²⁵ Im Sinne des Art. 2 Abs. 1 der Richtlinie 91/674/EWG.

Unternehmen, die **in einem österreichischen Bundesgesetz als solche bezeichnet**²²⁶ werden, ungeachtet ihrer Rechtsform.²²⁷

Die nichtfinanziellen Berichtspflichten im **Konzernlagebericht von Mutterunternehmen** richten sich an Konzerne, die **Unternehmen von öffentlichem Interesse** sind, im Jahresdurchschnitt auf konsolidierter Basis **mehr als 500 Arbeitnehmende** beschäftigen und **nicht von der Aufstellung eines Konzernabschlusses befreit**²²⁸ sind.²²⁹ Dieses negativ formulierte Kriterium gründet sich auf die Annahme des österreichischen Gesetzgebers, dass nach der CSR-Richtlinie von vornherein nur solche Mutterunternehmen zur nichtfinanziellen Erklärung verpflichtet sind, die auch einen Konzernlagebericht aufstellen müssen.²³⁰

Tochterunternehmen sind von der Pflicht zur Erstellung einer nichtfinanziellen Erklärung befreit, wenn sie **in den Konzernlagebericht oder gesonderten konsolidierten nichtfinanziellen Bericht**²³¹ **eines Mutterunternehmens** mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraumes **einbezogen sind**, der nach den Anforderungen der Bilanz-Richtlinie erstellt wurde.²³² Dies gilt ebenso für **Mutterunternehmen, die zugleich Tochterunternehmen sind**,²³³ wobei es hier zu Überschneidungen mit ähnlichen Befreiungsnormen kommen kann.²³⁴ Im Falle der Befreiung vom Konzernlagebericht wegen der Einbeziehung in einen übergeordneten Bericht trotz verbleibender Verpflichtung zur Aufstellung einer nichtfinanziellen Erklärung muss ein **gesonderter konsolidierter nichtfinanzieller Bericht**²³⁵ aufgestellt werden.²³⁶

Die nun erforderlichen **Angaben zum Diversitätskonzept** im *Corporate Governance*-Bericht betreffen nur **grosse börsennotierte Aktiengesellschaften**, die im Jahresdurchschnitt mehr als 250 Arbeitnehmende beschäftigen, deren Bilanzsumme über 20 Mio. EUR liegt und/oder deren Umsatzerlöse über 40 Mio. EUR liegen.²³⁷

²²⁶ Siehe beispielsweise § 43 Abs. 1a Bankwesengesetz (BWG) betreffend Kreditinstitute, § 136 Abs. 1 Nr. 1 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) betreffend Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen.

²²⁷ Vergleiche § 189a Nr. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²²⁸ § 246 Abs. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB). Demnach muss das Mutterunternehmen neben den genannten Kriterien eine konsolidierte Bilanzsumme von über 20 Mio. Euro in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren aufweisen (oder eine aggregierte Bilanzsumme über 24 Mio. Euro) und/oder konsolidierte Umsatzerlöse von über 40 Mio. Euro in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren (oder die aggregierten Umsatzerlöse über 48 Mio. Euro).

²²⁹ § 267a Abs. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²³⁰ Erläuterungen zum Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG), S. 4 (Zu Z 8, 10 und 12 – Zu § 267a Abs. 1), verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=RegV&Dokumentnummer=REGV_COO_2026_100_2_1297357 (15.02.2017).

²³¹ Siehe unten Punkt 2.4. in diesem Gutachten zum österreichischen Recht.

²³² § 243b Abs. 7 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²³³ § 267a Abs. 7 S. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²³⁴ Vergleiche § 245 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²³⁵ Siehe unten Punkt 2.4. in diesem Gutachten zum österreichischem Recht.

²³⁶ § 267a Abs. 7 S. 2 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²³⁷ § 243c Abs. 2 Nr. 2a in Verbindung mit § 221 Abs. 3 Unternehmensgesetzbuch (UGB). In diesem Zusammenhang sollen Unternehmen von öffentlichem Interesse nicht automatisch als gross gelten, sodass in jedem Fall die Grössenvoraussetzungen vorliegen müssen.

Laut der Wirtschaftskammer Österreich sind 125 Unternehmen von den nichtfinanziellen Berichtspflichten betroffen.²³⁸

9.2. Art und Weise der Umsetzung

In Österreich bringt die Umsetzung der Richtlinie Änderungen des **Unternehmensgesetzbuchs (UGB)**, des **Aktiengesetzes (AktG)** und des **Gesetzes über Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH-Gesetz - GmbHG)** mit sich.

Zusätzlich zu den bereits bestehenden Berichtspflichten im finanziellen Bereich sind die betroffenen Unternehmen nunmehr verpflichtet, auch über **nichtfinanzielle Aspekte ihrer Unternehmensführung** Bericht zu erstatten. Hierfür müssten sie mindestens über **Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange** informieren sowie über die **Achtung der Menschenrechte** und die **Bekämpfung von Korruption und Bestechung**. Die Berichtspflicht erstreckt sich auf diejenigen Angaben, die für das **Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses, der Lage der Gesellschaft** sowie der **Auswirkungen ihrer Tätigkeit erforderlich** sind.²³⁹ Zwar gehen die verbindlichen Inhalte nicht über die Richtlinie hinaus, jedoch sind in den Erläuterungen einige Schwerpunkte genannt, die sich von den in der Richtlinie genannten Beispiele unterscheiden.²⁴⁰ Dies betrifft insbesondere den Bereich der Arbeitnehmer- und Sozialbelange, nämlich Gleichstellung in Bezug auf Herkunft und Religion, Aus- und Weiterbildung sowie Beschäftigungsentwicklung, im Rahmen welcher nach Vertragsarten, Arbeitszeit, Fluktuation und Einkommensentwicklung differenziert wird. Daraus lässt sich schliessen, dass diese Aspekte eine besondere Rolle in der Diskussion gespielt haben.

Darüber hinaus wurden die Verpflichtungen zur Beschreibung eines **Diversitätskonzepts im Corporate Governance-Bericht** ausgedehnt. Während vor der Gesetzesänderung im *Corporate Governance*-Bericht nur Massnahmen zur Frauenförderung angegeben werden mussten,²⁴¹ müssen nun auch Angaben zum Diversitätskonzept im Zusammenhang mit der **Besetzung der Leitungsorgane des Unternehmens in Bezug auf Alter, Geschlecht oder Bildungs- und Berufshintergrund** gemacht werden.²⁴²

In Ausnahmefällen dürfen Unternehmen **Informationen, die künftige Entwicklungen oder aktuelle Verhandlungsgegenstände betreffen, verschweigen**, wenn eine Preisgabe **der Gesellschaft ernsthaft schaden** könnte, soweit ein Verständnis der Lage der Gesellschaft und des Geschäftsverlaufs und -ergebnisses trotzdem möglich bleibt. Der österreichische Gesetzgeber nutzt hier eine **Mitgliedstaatenoption**²⁴³ zugunsten der betroffenen Unternehmen. Der Anwendungsbereich be-

²³⁸ <https://www.wko.at/Content.Node/Service/Umwelt-und-Energie/Nachhaltigkeit-und-Umweltmanagement/Nachhaltigkeit/Unternehmen/Informationspflicht-ueber-Nachhaltigkeitsaspekte.html> (14.03.2017).

²³⁹ § 243b Abs. 2 S. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁴⁰ S. 2 Zu 243b Abs. 2 und 3, verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=RegV&Dokumentnummer=REGV_COO_2026_100_2_1297357 (15.02.2017).

²⁴¹ § 243b Abs. 2 Nr. 2 alte Fassung des Unternehmensgesetzbuchs (UGB), vergleiche Erläuterungen zum Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG), S. 4 (Zu Z 6 – § 243c Abs. 2 Z 2a), verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=RegV&Dokumentnummer=REGV_COO_2026_100_2_1297357 (15.02.2017).

²⁴² § 243c Abs. 2 Nr. 2 *lit.* a Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁴³ Vergleiche neuer Artikel 19a Abs. 1 Unterabs. 4 der Richtlinie 2013/34/EU in der Fassung der Richtlinie 2014/95/EU.

schränkt sich demnach auf diejenigen Informationen, die zwar für das Verständnis der Gesellschaftslage und des Geschäftsverlaufs und -ergebnisses erforderlich sind,²⁴⁴ die jedoch nicht so wesentlich sind, dass ein Verschweigen ebendieses Verständnis ausschliessen würde.

9.2.1. Änderungen im Unternehmensgesetzbuch

Im Unternehmensgesetzbuch wurden insbesondere die Vorschriften zum **Lagebericht**²⁴⁵ und zum **Konzernlagebericht**²⁴⁶ erweitert, wobei sich diese Vorschriften inhaltlich weitgehend entsprechen.

Die gesetzlichen Vertreter einer Kapitalgesellschaft haben neben dem Jahresabschluss unter anderem einen **Lagebericht sowie gegebenenfalls einen Corporate Governance-Bericht** zu erstellen und den Mitgliedern des Aufsichtsrats vorzulegen.²⁴⁷ **Mutterunternehmen** eines Konzerns sind verpflichtet, neben dem Konzernabschluss einen **Konzernlagebericht und gegebenenfalls einen konsolidierten Corporate Governance-Bericht** zu erstellen und dem Aufsichtsrat und der Haupt- oder Generalversammlung des Mutterunternehmens vorzulegen.²⁴⁸

Die neuen nichtfinanziellen Informationspflichten **erweitern und ergänzen diese vorhandenen Berichtspflichten.**

9.2.2. Änderungen im Aktiengesetz und im GmbH-Gesetz

Es ergeben sich ausserdem kleinere Änderungen im Aktiengesetz (AktG) und im GmbH-Gesetz (GmbHG) hinsichtlich der **Prüfung der nichtfinanziellen Berichterstattung.**²⁴⁹

Die Pflicht des Vorstands zur Vorlage an den Aufsichtsrat ergibt sich bereits aus § 243b Unternehmensgesetzbuch (UGB).²⁵⁰ Die weitere Erwähnung der Vorlagepflicht in **§ 96 Aktiengesetz (AktG)**²⁵¹ bezieht sich daher auf die **Art und Weise, wie der Aufsichtsrat mit den Unterlagen zu verfahren hat.**²⁵²

Dementsprechend wurde in **§ 30k GmbH-Gesetz (GmbHG)** die Pflichten betreffend die Prüfung durch den Aufsichtsrat der GmbH denen betreffend den Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft angepasst.²⁵³

²⁴⁴ Vergleiche § 243b Abs. 2 S. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁴⁵ §§ 243 ff. Unternehmensgesetzbuch (UGB), neue Berichtspflichten in §§ 243b, 243c Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁴⁶ §§ 267 ff. Unternehmensgesetzbuch (UGB), neue Berichtspflichten in §§ 267a, 267b Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁴⁷ §§ 222 Abs. 1, 243 ff. Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁴⁸ §§ 244 Abs. 1, 267 ff. Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁴⁹ Zu den Einzelheiten siehe unten Punkt 2.6.2. in diesem Gutachten zum österreichischem Recht.

²⁵⁰ § 243b Abs. 6 S. 2 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁵¹ § 96 Abs. 1-3 Aktiengesetz (AktG).

²⁵² Erläuterungen zum Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG), S. 6 (Zu Z 1 bis 4 (§ 96 Abs. 1 und Abs. 3, 104 Abs. 1)), verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=RegV&Dokumentnummer=REGV_COO_2026_100_2_1297357 (15.02.2017). Beachte: In diesem Abschnitt der Erläuterungen wird fälschlicherweise § 243a Abs. 6 UGB zitiert, gemeint ist wohl § 243b Abs. 6 UGB.

²⁵³ § 30k Abs. 1-3 GmbH-Gesetz (GmbHG).

9.3. Sanktionen

Die Sanktionierung von Verstößen gegen die Berichtspflichten ist in Österreich an die Offenlegung²⁵⁴ geknüpft. Sollten die gesetzlichen Vertreter der betroffenen Unternehmen ihren Verpflichtungen zur Offenlegung des (Konzern-) Lageberichts beziehungsweise des gesonderten (konsolidierten) nichtfinanziellen Berichtes²⁵⁵ nicht nachkommen, kann das Firmenbuchgericht bei dem die Offenlegung zu erfolgen hat, nach Ablauf der Offenlegungsfrist²⁵⁶ **Zwangsstrafen²⁵⁷ von 700 bis 3'600 EUR verhängen.**²⁵⁸ Ist die Offenlegung innerhalb von zwei Monaten noch immer nicht erfolgt, so ist durch Strafverfügung eine **weitere Zwangsstrafe von 700 Euro und nach weiteren zwei Monaten wiederholt dieselbe Strafe zu verhängen.**²⁵⁹ Richtet sich diese wiederholte Zwangsstrafverfügung gegen eine grosse²⁶⁰ Kapitalgesellschaft, so erhöhen sich die zu verhängenden Zwangsstrafen **auf das Sechsfache.**²⁶¹

Gegen **Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft** kann darüber hinaus auch bei **Verstoss gegen die Vorlagepflicht an den Aufsichtsrat**²⁶² eine Zwangsstrafe von bis zu 3'600 EUR verhängt werden.²⁶³ Eine vergleichbare Vorschrift für die Geschäftsführer einer GmbH besteht nicht.²⁶⁴

9.4. Form der Veröffentlichung der Erklärung und Zugang

Hinsichtlich der Form und der Veröffentlichung wurde die **Mitgliedstaatenoption**²⁶⁵ zugunsten höherer Flexibilität für die Unternehmen **zumindest teilweise umgesetzt.**

Grundsätzlich ist die nichtfinanzielle Erklärung als **Teil des (Konzern-) Lageberichts** zu erstellen.²⁶⁶ Jedoch kann statt einer nichtfinanziellen Erklärung im (Konzern-) Lagebericht auch ein **gesonderter (konsolidierter) nichtfinanzieller Bericht** erstellt werden, der die gleichen inhaltlichen Anforderungen zu erfüllen hat.²⁶⁷

²⁵⁴ Siehe unten Punkt 2.4. in diesem Gutachten zum österreichischen Recht.

²⁵⁵ §§ 277, 280 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁵⁶ Neun Monate nach Bilanzstichtag, siehe unten Punkt 2.4. in diesem Gutachten zum österreichischen Recht.

²⁵⁷ Die Zwangsstrafe stellt sowohl Beugemittel als auch Sanktion für Fehlverhalten dar, die finanziellen und psychologischen Druck zur Durchsetzung der Vorlagepflicht ausüben soll, siehe Oberster Gerichtshof (OGH), Entscheidung vom 14.09.2011, Geschäftszahl 6Ob185/11s, verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Justiz&Dokumentnummer=JJT_20110914_OGH00_02_0060OB00185_11S0000_000 (07.03.2017).

²⁵⁸ § 283 Abs. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁵⁹ § 283 Abs. 4 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁶⁰ Vergleiche § 221 Abs. 3 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁶¹ § 283 Abs. 5 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁶² Vergleiche § 96 Aktiengesetz (AktG).

²⁶³ § 258 Aktiengesetz (AktG) in Verbindung mit § 96 Abs. 1 und 3 Aktiengesetz (AktG).

²⁶⁴ Vergleiche § 125 GmbH-Gesetz (GmbHG), der nicht auf § 30k GmbH-Gesetz (GmbHG) verweist.

²⁶⁵ Vergleiche Art. 19a Abs. 4 und Art. 29a Abs. 4 der Richtlinie 2013/34/EU in der Fassung der Richtlinie 2014/95/EU.

²⁶⁶ § 243b Abs. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB), Erläuterungen zum Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG), S. 2 (Zu Z 1 bis 6 und 11 – zu § 243b Abs. 2 und 3 UGB), verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=RegV&Dokumentnummer=REGV_COO_2026_100_2_1297357 (15.02.2017).

²⁶⁷ §§ 243b Abs. 6 S. 1, 267a Abs. 6 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

Wird die (konsolidierte) nichtfinanzielle Erklärung in den (Konzern-) Lagebericht aufgenommen, so umfassen **Aufstellungs- und Offenlegungsvorschriften für den (Konzern-) Lagebericht** auch die darin enthaltene nichtfinanzielle Erklärung.²⁶⁸

Im Falle der Aufstellung eines **gesonderten (konsolidierten) nichtfinanziellen Berichtes** ist dieser jedoch ebenso wie der Lagebericht von den gesetzlichen Vertretern aufzustellen, von sämtlichen gesetzlichen Vertretern zu unterzeichnen und den Mitgliedern des Aufsichtsrats vorzulegen.²⁶⁹ Der Konzernlagebericht ist darüber hinaus der Haupt- oder Generalversammlung zusammen mit dem Jahresabschluss des Mutterunternehmens vorzulegen.²⁷⁰ Die Vorlage an den Aufsichtsrat muss allerdings nicht gemeinsam mit dem Jahresabschluss erfolgen.²⁷¹ Da der gesonderte nichtfinanzielle Bericht nicht Bestandteil des Jahresfinanzberichts ist, können börsennotierte Unternehmen diesen deshalb auch noch nach der viermonatigen Veröffentlichungsfrist für den Jahresfinanzbericht, der den Lagebericht umfasst,²⁷² veröffentlichen.²⁷³

Hinsichtlich der Offenlegung²⁷⁴ **weicht der österreichische Gesetzgeber von den Vorgaben der Richtlinie ab**, der neben der Veröffentlichung eines etwaigen gesonderten nichtfinanziellen Berichtes mit dem (Konzern-) Lagebericht eine Veröffentlichung auf der Website des Unternehmens spätestens sechs Monate nach dem Bilanzstichtag erlaubt.²⁷⁵ In Österreich dagegen ist der gesonderte nichtfinanzielle Bericht **grundsätzlich in derselben Frist wie der Jahresabschluss, also spätestens neun Monate nach dem Bilanzstichtag, gemeinsam mit dem Lagebericht offenzulegen.**²⁷⁶

Zur Erleichterung und Durchsetzung der Offenlegung kann das Firmenbuchgericht **von den Unternehmen Auskunft verlangen**, ob es sich um ein Unternehmen von öffentlichem Interesse²⁷⁷ handelt, und ob die übrigen Grössenkriterien,²⁷⁸ die Voraussetzung für die neuen Berichtspflichten sind, erfüllt sind.²⁷⁹

²⁶⁸ Vergleiche §§ 222 Abs. 1, 244 Abs. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁶⁹ §§ 243b Abs. 6 Unternehmensgesetzbuch (UGB), § 96 Abs. 1-3 Aktiengesetz (AktG).

²⁷⁰ § 244 Abs. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁷¹ Erläuterungen zum Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG), S. 6 (Zu Z 1 bis 4 – § 96 Abs. 1 und Abs. 3, 104 Abs. 1), verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=RegV&Dokumentnummer=REGV_COO_2026_100_2_1297357 (15.02.2017).

²⁷² § 82 Abs. 4 Börsegesetz (BörseG).

²⁷³ Erläuterungen zum Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG), S. 4 (Zu Z 1 bis 6 und 11 – zu § 243b Abs. 6 UGB), verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=RegV&Dokumentnummer=REGV_COO_2026_100_2_1297357 (15.02.2017). Beachte: In diesem Abschnitt der Erläuterungen wird fälschlicherweise § 82 Abs. 2 BörseG zitiert, gemeint ist wohl § 82 Abs. 4 BörseG.

²⁷⁴ § 280 Abs. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB): Offenlegung erfordert das Einreichen beim Firmenbuchgericht am Sitz der Gesellschaft durch die gesetzlichen Vertreter derselben.

²⁷⁵ Art. 19a Abs. 4, Art. 29a Abs. 4 der Richtlinie 2013/34/EU in der Fassung der Richtlinie 2014/95/EU.

²⁷⁶ §§ 277 Abs. 1, Abs. 4, 280 Abs. 1 S. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB); Erläuterungen zum Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG), S. 5 (Zu Z 15 und 17 – §§ 277 Abs. 1 und 280 Abs. 1), verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=RegV&Dokumentnummer=REGV_COO_2026_100_2_1297357 (15.02.2017).

²⁷⁷ Im Sinne des § 189a Nr. 1 lit. a Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁷⁸ Siehe oben Punkt 2.1. in diesem Gutachten zum österreichischen Recht.

²⁷⁹ Erläuterungen zum Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG), S. 5 (Zu Z 16 und 18 – §§ 277 Abs. 4, 282 Abs. 2a), verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=RegV&Dokumentnummer=REGV_COO_2026_100_2_1297357 (15.02.2017).

9.5. Ausgestaltung des *Comply or Explain*-Ansatzes

Verfolgt das Unternehmen in Bezug auf einzelne nichtfinanzielle Belange (Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung)²⁸⁰ **kein Konzept, muss es in der Erklärung begründen, warum dies nicht der Fall ist.**²⁸¹ Es besteht somit wie von der Richtlinie vorgesehen gerade keine Verpflichtung zur Verfolgung eines Konzepts in allen Belangen, sondern lediglich ein „*comply or explain*“-Ansatz.²⁸² Dies gilt ebenso für die Beschreibung des Diversitätskonzeptes im *Corporate-Governance*-Bericht.²⁸³

Im **Aufbau des § 243b Unternehmensgesetzbuch (UGB)** entschied sich der österreichische Gesetzgeber für **eine leichte Abwandlung der in der Richtlinie vorgesehenen Norm**. So gibt die Richtlinie vor, dass die nichtfinanzielle Erklärung eine Beschreibung der von dem Unternehmen in Bezug auf die nichtfinanziellen Belange „verfolgten Konzepte, einschließlich der angewandten *Due-Diligence*-Prozesse“ enthält.²⁸⁴ Nach der österreichischen Norm haben die notwendigen Angaben dagegen zu umfassen:

- „(...) 2. eine Beschreibung der von der Gesellschaft in Bezug auf die in Abs. 2 genannten Belange verfolgten Konzepte;
- 3. die Ergebnisse dieser Konzepte;
- 4. die angewandten *Due-Diligence*-Prozesse (...)“.²⁸⁵

Die **angewandten *Due-Diligence*-Prozesse nehmen als eigener Unterpunkt somit eine wichtigere Stellung ein** als in der Richtlinie, in der sie lediglich innerhalb der verfolgten Konzepte zu erörtern sind. Als Folge könnte sich auch eine leichte Abweichung bezüglich des Anwendungsbereichs des „*comply or explain*“-Ansatzes ergeben. In der von der Richtlinie gewählten Form bezieht sich die „*comply or explain*“-Forderung jedenfalls auch auf die *Due-Diligence*-Prozesse als Unterpunkt der verfolgten Konzepte mit der Folge, dass wenn das Fehlen eines Konzeptes ausreichend erläutert wurde, auch keine Erklärungen zu den *Due-Diligence*-Konzepten erfolgen müssen. Bei der österreichischen Regelung ist dies nicht so eindeutig. Da der „*comply-or-explain*“-Ansatz sich lediglich auf die verfolgten Konzepte und nicht auf die anderen zu berichtenden Unterpunkte²⁸⁶ bezieht, könnte hier eine Erklärung zu den *Due-Diligence*-Prozessen auch dann gefordert sein, wenn kein Konzept verfolgt wird und dies auch ausreichend erläutert wurde.

²⁸⁰ Vergleiche § 243b Abs. 2 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁸¹ §§ 243b Abs. 3 S. 2, 267a Abs. 3 S.2 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁸² Erläuterungen zum Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG), S. 3 (Zu Z 1 bis 6 und 11 – Zu § 243b Abs. 2 und 3), verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=RegV&Dokumentnummer=REGV_COO_2026_100_2_1297357 (15.02.2017).

²⁸³ § 243c Abs.2 Nr. 2a Unternehmensgesetzbuch (UGB), gegebenenfalls in Verbindung mit § 267b Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁸⁴ Art. 19a Abs. 1 Unterabs. 1 *lit.* b) der Richtlinie 2013/34/EU in der Fassung der Richtlinie 2014/95/EU.

²⁸⁵ § 243b Abs. 3 S. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁸⁶ Neben den *Due-Diligence*-Prozessen auch die Beschreibung des Geschäftsmodells, wesentliche Risiken der Geschäftstätigkeit sowie die wichtigsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, siehe § 243b Abs. 3 S. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

9.6. Allfällige weitere Regelungen

9.6.1. Abschlussprüfung

Die neuen Berichtspflichten sind in die Prüfungs- und Berichtspflichten des Abschlussprüfers einbezogen.²⁸⁷ Dieser prüft, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, ob der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde und ob die nichtfinanzielle Erklärung und der *Corporate Governance*-Bericht aufgestellt worden sind.²⁸⁸ Es handelt sich somit um eine **formale, keine inhaltliche Prüfung**. Die Mitgliedstaatenoption der Richtlinie, die erlaubt, eine inhaltliche Prüfung vorzuschreiben, wurde nicht ausgeübt.²⁸⁹ Der Abschlussprüfer hat über das Ergebnis der Prüfung schriftlich zu berichten.²⁹⁰

Bei Prüfung des Jahresabschlusses von börsennotierten Unternehmen muss der gesonderte nichtfinanzielle Bericht nicht in jedem Fall mitgeprüft werden, da dieser möglicherweise in der Frist für den Jahresabschluss noch nicht vorliegt.²⁹¹ **Spätestens bei Vorlage des gesonderten nichtfinanziellen Berichts an den Aufsichtsrat** muss die Überprüfung jedoch vorgenommen und die Information hierüber im Prüfbericht enthalten sein.²⁹²

9.6.2. Prüfung durch den Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die nichtfinanzielle Erklärung als Teil des (Konzern-) Lageberichts sowie den gesonderten nichtfinanziellen Bericht zu prüfen und einen Bericht an die Haupt- beziehungsweise Generalversammlung zu erstatten.²⁹³ Die Aktiengesellschaft hat sich darüber hinaus gegenüber dem Vorstand darüber zu erklären und eine Frist von zwei Monaten nach Vorlage einzuhalten.²⁹⁴

In dem Bericht hat der Aufsichtsrat jeweils mitzuteilen, wie und in welchem Umfang er die Geschäftsführung der Gesellschaft geprüft hat, welche Stelle die Berichte geprüft hat und ob diese Prüfungen nach ihrem abschliessenden Ergebnis zu wesentlichen Beanstandungen Anlass gegeben haben.²⁹⁵

9.6.3. Ausdehnung der Regelung auf die Lieferkette

Die neuen nichtfinanziellen Berichtspflichten erstrecken sich wie von der Richtlinie vorgegeben **auch auf Angaben zur Lieferkette**. Zu berichten sind die **wesentlichen Risiken**, die **wahrscheinlich negative Auswirkungen** auf die nichtfinanziellen Belange haben werden, und die **Handhabung dieser Risiken durch die Gesellschaft**. Die Schwere der negativen Auswirkungen sollte laut den Gesetzeserläuterungen **nach Ausmass und Intensität beurteilt** werden.²⁹⁶

²⁸⁷ §§ 269 Abs. 3 S. 2, 273 Abs. 1 S. 2 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁸⁸ Die gleichen Prüfungspflichten bestehen für den Konzernlagebericht beziehungsweise die gesonderte nichtfinanzielle Erklärung.

²⁸⁹ Vergleiche Art. 19a Abs. 6 der Richtlinie 2013/34/EU in der Fassung der Richtlinie 2014/95/EU.

²⁹⁰ § 273 Abs. 1 Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁹¹ Vergleiche § 82 Abs. 4 Börsegesetz (BörseG).

²⁹² Erläuterungen zum Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG), S. 5 (Zu Z 13 und 14 – §§ 269 Abs. 3 und 273 Abs. 1), verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=RegV&Dokumentnummer=REGV_COO_2026_100_2_1297357 (15.02.2017).

²⁹³ § 96 Aktiengesetz (AktG), § 30k GmbH-Gesetz (GmbHG).

²⁹⁴ § 96 Abs. 1 Aktiengesetz (AktG).

²⁹⁵ § 30k Abs. 2 GmbH-Gesetz (GmbHG), § 96 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG).

²⁹⁶ Erläuterungen zum Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG), S. 3 (Zu Z 1 bis 6 und 11 – Zu § 243b Abs. 2 und 3), verfügbar unter

Soweit dies **relevant und verhältnismässig** ist, sind in diesem Zusammenhang auch diejenigen Risiken zu berichten, die **aus den Geschäftsbeziehungen, Erzeugnissen oder Dienstleistungen des Unternehmens**, einschliesslich seiner Lieferkette und seiner Kette von Subunternehmen, entstehen.²⁹⁷ Laut den Gesetzeserläuterungen soll es im Regelfall ausreichend sein, Informationen **vom direkten Abnehmer oder Lieferanten** einzuholen.²⁹⁸

10. Transposition en Belgique

La Belgique n'a pas encore transposé la directive 2014/95/UE. Un projet de loi en ce sens a été approuvé par le Conseil des Ministres le 23 décembre 2016 ; il a ensuite fait l'objet d'un amendement sur proposition de deux ministres, le 24 février 2017. Ni le projet de loi ni l'amendement ont été rendus publics à ce jour²⁹⁹. Le projet de loi amendé a été remis au Conseil d'Etat pour avis ; d'après nos recherches, celui-ci n'a toutefois pas encore été rendu.

D'après les communiqués de presse disponibles³⁰⁰ et les informations consultées, il est peu probable que la Belgique étende le champ d'application de l'obligation en matière de déclaration non financière à d'autres entreprises que celles prévues par la Directive. Il est par contre probable que la déclaration non financière pourra être reprise dans un rapport séparé du rapport de gestion. En outre, le contrôle sera probablement effectué par le commissaire ou le réviseur d'entreprise qui est désigné par la société pour le contrôle des comptes annuels³⁰¹.

Le projet d'amendement quant à lui prévoirait une obligation de rapportage pour les administrateurs non exécutifs d'entreprises dans lesquelles les pouvoirs publics exercent un contrôle, ces entreprises étant financées par des moyens publics.³⁰²

La transposition de la directive nécessitera probablement une modification du code des sociétés, en particulier les art. 96 – relatif au contenu du rapport annuel – et 119 – sur le rapport de gestion consolidé. D'après les règles actuellement applicables, les violations de ces nouvelles obligations devraient pouvoir conduire à la mise en cause de la responsabilité des administrateurs de la société, et à l'imposition de sanctions civiles³⁰³ et pénales³⁰⁴.

https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=RegV&Dokumentnummer=REGV_COO_2026_100_2_1297357 (15.02.2017).

²⁹⁷ §§ 243b Abs. 3 Nr. 5 *lit.* a, 267a Abs. 3 Nr. 5 *lit.* b Unternehmensgesetzbuch (UGB).

²⁹⁸ Erläuterungen zum Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG), S. 3 (Zu Z 1 bis 6 und 11 – Zu § 243b Abs. 2 und 3), verfügbar unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=RegV&Dokumentnummer=REGV_COO_2026_100_2_1297357 (15.02.2017).

²⁹⁹ Le présent rapport national a été établi sur la base des recherches arrêtées le 28.04.2017.

³⁰⁰ Voir les communiqués de presse du conseil des ministres du 23 décembre 2016 et du 24 février 2017 : <http://www.presscenter.org/fr/pressrelease/20161223/publication-d-informations-non-financieres-par-certaines-grandes-societes?setlang=1>; <http://www.presscenter.org/fr/pressrelease/20170224/amendement-a-lavant-projet-de-loi-relatif-a-la-publication-d-informations-non-> (28.04.2017).

³⁰¹ Ibidem.

³⁰² Ibidem.

³⁰³ Art. 528 Code des sociétés prévoit : « Les administrateurs sont solidairement responsables, soit envers la société, soit envers les tiers, de tous dommages et intérêts résultant d'infractions aux dispositions du présent code ou des statuts sociaux (...) ».

³⁰⁴ Art. 126 et 128 Code des sociétés prévoient l'imposition de sanctions pénales (amendes) pour les violations des art. 96 et d'autres dispositions qui y sont liées.

III. SCHLUSSFOLGERUNGEN

In sieben der elf untersuchten Rechtsordnungen (A, DK, I, NL, S, SF, UK) wurden die Vorgaben der Richtlinien bis am 20. März 2017 vollständig umgesetzt. In Deutschland und Frankreich sind die Umsetzungsarbeiten schon weit fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen. Auch in Belgien sind die Umsetzungsarbeiten noch am Laufen, während in Spanien noch keine konkreten Schritte zur Umsetzung zu bestehen scheinen.

1. Der (vorgesehene) **Anwendungsbereich** für die **Nichtfinanzielle Erklärung** entspricht den Mindestangaben in der Richtlinie in Deutschland, Frankreich, Finnland, Österreich, Luxemburg, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich. In Dänemark (ab 2018) und Schweden müssen alle grossen Unternehmen (und nicht nur grosse Unternehmen von öffentlichem Interesse) sowie in Dänemark alle staatlichen Unternehmen und alle börsenkotierten Unternehmen eine entsprechende Erklärung abgeben.

Bei der Umsetzung der Vorschriften zum **Diversitätskonzept** übernehmen die meisten untersuchten Rechtsordnungen die Anforderungen der Richtlinie und sehen die Verpflichtung lediglich für grosse börsenkotierte Unternehmen vor. In Dänemark ist lediglich für nicht börsenkotierte Körperschaften (*limited liability companies*) ein Schwellenwert vorgesehen, nicht aber für börsennotierte und staatliche Unternehmen, welche in jedem Fall eine entsprechende Berichtspflicht trifft. Die Regelung bestand bereits vor der Richtlinie 2014/95/EU.
2. Die Umsetzungsmassnahmen ändern bzw. erweitern **jeweils die bestehende gesetzliche Regelung der Jahresabschlüsse / Lageberichte**. In allen untersuchten Rechtsordnungen werden die gesellschaftsrechtlichen Gesetze entsprechend ergänzt. In den Niederlanden werden die substantiellen Regelungen der Richtlinie im Wesentlichen auf Verordnungsstufe umgesetzt.
3. In allen untersuchten Rechtsordnungen werden **Verstösse gegen die Berichtspflicht** wie übrige Verstösse im Rahmen der Rechnungslegung geahndet. Dabei sind Bussen, Geld- und (in Deutschland) auch Freiheitsstrafen vorgesehen. In Österreich und Dänemark werden besondere Gebühren bzw. eine sogenannte Zwangsstrafe bei verspäteter Einreichung erhoben. In Schweden ist grundsätzlich sogar die Liquidation der Gesellschaft möglich, wobei die Möglichkeit in der Praxis kaum von Bedeutung ist.
4. In Dänemark, Finnland, Schweden und den Niederlanden sowie in Deutschland kann die Erklärung entweder **mit (und in der Form) des Lageberichts** veröffentlicht werden, und/**oder auf der Internetseite** des Unternehmens aufgeschaltet werden. Im Vereinigten Königreich müssen börsennotierte Unternehmen den Bericht (mit dem Jahresbericht) auf der Website veröffentlichen, zudem ist der Bericht (wie der Jahresbericht) via *Companies House*, also das Handelsregister, zugänglich. In Dänemark bestehen genaue Vorschriften zur Publikation auf einer Website, um Verwechslungen des Berichts mit anderen CSR-Berichten zu verhindern. In Österreich wird soweit ersichtlich lediglich die Offenlegung durch Einreichung beim Firmenbuchgericht verlangt, die Publikation auf Internet wird nicht erwähnt.
5. Der **Comply and Explain Ansatz** der Richtlinie wurde in den untersuchten Rechtsordnungen weitgehend **wörtlich im nationalen Recht** übernommen.
6. In Deutschland, Finnland, Österreich und im Vereinigten Königreich wurde bzw. wird die Richtlinie nach einem **Minimalansatz** umgesetzt, d.h. es wurden keine über die Richtlinien hinausgehenden Verpflichtungen eingeführt. Insbesondere werden die Unternehmen nicht

dazu verpflichtet, den Bericht von einer Drittinanz inhaltlich prüfen zu lassen. In den **Niederlanden** ist demgegenüber vorgesehen, dass im Rahmen der Kontrolle des Jahresberichts der **Revisor** kontrolliert, ob der Bericht entsprechend den Vorgaben erstellt wurde. In den Niederlanden werden im Rahmen des revidierten Corporate Governance Codes auch strengere Vorgaben im Zusammenhang mit der Diversitätserklärung, d.h. zur Geschlechtergleichheit, vorgesehen. In **Dänemark und Schweden** ist wie bereits erwähnt ein grösserer **Anwendungsbereich** vorgesehen. Im Übrigen bestehen in Dänemark relativ detaillierte Regelungen von verschiedenen **Einzelaspekten**.

SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR RECHTSVERGLEICHUNG

Projektleitung	Dr. Lukas Heckendorn Urscheler <i>Vize-Direktor</i>
Länderberichte Belgien und Niederlande:	Stéphanie De Dycker, LL.M. <i>Referentin französisch- und niederländischsprachige Rechtsordnungen</i>
Länderbericht Dänemark, Schweden und Finnland:	Henrik Westermark, LL.M. <i>Referent skandinavische Rechtsordnungen</i>
Länderbericht Deutschland:	Dr. Johanna Fournier, LL.M. <i>Referentin deutschsprachige Rechtsordnungen</i>
Länderbericht Frankreich:	Lucile Renaud-Solari <i>Praktikantin</i> Stéphanie De Dycker, LL.M. <i>Referentin französisch- und niederländischsprachige Rechtsordnungen</i>
Länderbericht Österreich:	Johanna Bast <i>Referendarin</i> Dr. Johanna Fournier, LL.M. <i>Referentin deutschsprachige Rechtsordnungen</i>
Länderbericht UK:	John Curran, LL.M. <i>Referent englischsprachige Rechtsordnungen</i>